OSI ▷ ZEITUNG

Die Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts





Wechselstimmung am OSI

Kostenfrei | Wintersemester 2012/13 | Ausgabe 13 | www.osi-zeitung.de

Fotos: Marie Schröter, Carsten Spandau













Intro

Liebe LeserInnen,

am OSI kommt Wechselstimmung auf. Wer sich noch nicht mit der neuen Studienordnung beschäftigt hat, dem steht es frei, die Vorteile eines Wechsels zu erleben und den Blinker zu setzen. Es gibt gute Gründe dafür, die nächste Ausfahrt zu nehmen. Lasst Euch die Abkürzungsmöglichkeit nicht entgehen!

Auch dieses Mal hat sich die OZ-Redaktion wieder bemüht, die Themenvielfalt aufzugreifen, die sich an unserem Institut wiederfindet. Wir verstehen uns aber auch als Plattform für alle OSIanerInnen und bieten jeder Stimme am Institut an, sich mit der OSI-Zeitung Gehör zu verschaffen.

Außerdem sind alle Interessierten herzlich dazu eingeladen, Teil unserer Redaktion zu werden, um einen Beitrag zur studentischen Meinungsbildung zu leisten. Wir freuen uns immer über kluge, kreative Köpfe und die dazugehörigen neuen Gesichter. Wer Lob oder Kritik aussprechen mag, kann uns gerne auf unserer Internetseite *www.osi-zeitung.de* besuchen und kontaktieren.

Nun wünschen wir Euch viel Spaß beim Lesen der 13. Ausgabe der OSI-Zeitung!

Eure OZ-Redaktion.

Inhalt

OSI titel

4 - **Wechselstimmung am OSI.** Vorteil für Ordnungswechselnde.
6 - **Aus der Spur.** Die neue BA-Ordnung sieht nach Ulk aus, doch es steckt Mut dahinter.
8 - **Schlimmer geht immer.** Die neue Sozialkunde-BA-Ordnung ist fair, aber nicht sinnvoll.

OSI debatte

10 - **Dornröschenschlaf mit Methode:** Wachküssen ausdrücklich erwünscht.
12 - **„Das OSI ist das Science Po Berlin."** Wieso Studierende aus dem Ausland an die FU kommen.
14 - **„Ich brauch' nur den Schein! Ich weiß, wie's geht."** Peter Massing im Interview.
17 - **Initiative zeigen!** Fördergelder für studentische Projekte.

OSI kosmos

18 - **Hinter Gittern.** GIT kämpft gegen Missstände in der türkischen Gesellschaft.
20 - **Die Lehrstätte des Friedens** - eine Zivilklausel am Fachbereich?
21 - **"Die Militarisierung mit militanten Aktionen bekämpfen."** Eine Podiumsdiskussion.
23 - **Fast wäre ich einer von euch geworden.** Ein Brief an die Nichtwähler.

OSI extra

24 - **Im Abgang süß-sauer.** Berufsaussichten von Politikwissenschaftlern.
27 - **Das gemeinsame Projekt.** Boa Nnipa hat einen wachsenden Unterstützerkreis.

OSI historie

30 - **War früher wirklich alles besser?** Ein Blick in bessere Tage.

Wechselstimmung am OSI

Nur noch zwei Hausarbeiten, schnellerer Studienabschluss, kürzere Klausuren, Notenverbesserung, mehr Zeit für die Abschlussarbeit, mehr Wahlfreiheit – ein Wechsel in die neue Studienordnung bietet Vorteile für fast alle im BA Politikwissenschaft. Gleichgültig, ob ihr im dritten Semester oder schon so gut wie fertig seid. Wir erklären die Details.

Von Robert Hawemann

Für diejenigen, die in diesem Semester erst mit dem Studium angefangen haben, gilt die neue Studienordnung ohnehin. Alle anderen können von einem Ordnungswechsel profitieren. Denn der Prüfungsausschuss versucht derzeit, mit großzügigen Beschlüssen möglichst viele Studierende zu einem Wechsel zu bewegen.

„Es gibt viele, die sich noch nicht entschieden haben."

Allerdings scheint dies noch nicht zu allen Betroffenen durchgedrungen zu sein: Heike Herforth vom Prüfungsbüro erklärt gegenüber der OZ, ihre Mitarbeiter würden derzeit nicht unbedingt mit Anträgen überschwemmt: „Viele hängen noch in der alten Ordnung drin." Allerdings: „Es gibt viele, die sich noch nicht entschieden haben, viele informieren sich gerade." Wechselstimmung am OSI? Wir helfen bei der Entscheidungsfindung.

Der Antrag auf Studienordnungswechsel ist nicht viel Aufwand: Das Formular ist auf der Internetseite des Prüfungsbüros zu finden. Ausfüllen, abschicken – und in ein bis zwei Wochen kommt die Bestätigung per Post. Zum nächsten Semester geschieht dann auch die Umstellung im Campus Management.

Das Antragsformular ist drei Seiten lang. Die wichtigste Entscheidung fällt unten auf dem letzten Blatt: Wer die Module *Moderne Politische Theorie* und *Politische Ideengeschichte* bereits absolviert hat, kann die bessere Note für das neue Modul *Politische Theorie* geltend machen und die andere Note einfach wegstreichen. Wer sich hier einen Ausrutscher geleistet hat, kann ihn also wieder wegbügeln. Seid ihr mit beiden Noten zufrieden – umso besser: In diesem Fall könnt ihr aus der zweiten Note ein begonnenes Spezialisierungsmodul machen und braucht dann nur noch einen Teilnahmeschein, um es abzuschließen.

Das gleiche Spiel läuft mit den alten Pflichtmodulen *Vergleichende Analyse* und *System der BRD*, die zu *Politische Systeme und Vergleich* zusammengelegt wurden. Da die neuen Module 15 LP haben, könnt ihr so aus 40 LP rasch 50 machen, wenn ihr noch zwei Teilnahmen absolviert. Besonders für Studierende, die zum Beispiel noch ein Auslandssemester machen und trotzdem in der Regelstudienzeit fertig werden wollen, ist dies verlockend.

Wer sich bisher vor Hausarbeiten gedrückt hat, ist fein heraus.

Seid ihr eher auf bessere Noten aus, könnt ihr stattdessen zwei schwächere Leistungen streichen. Eure Note verbessern könnt ihr auch, da die Bewertung im Modul *Einführung in die Politikwissenschaft* der neuen Studienordnung nach wegfällt. Die meist großzügig verliehene 1,0 oder 1,3 aus dem Einführungsmodul dürft ihr nutzen, um damit eine beliebige andere Note aus dem Grundstudium zu verbessern. Habt ihr etwa in *Methoden I* nur knapp die Klausur überstanden, könnte so aus der 3,7 noch eine 2,3 werden. Das sieht auch auf dem Abschlusszeugnis besser aus. Wenn euch ohnehin vor Methoden graut, bleibt euch in der neuen Ordnung auch die Pflichthausarbeit in einem Hauptseminar mit Methodenschwerpunkt erspart.

Für den Fall, dass ihr noch nicht alle Prüfungen im Pflichtbereich absolviert haben solltet, müsst ihr dort zwei Leistungen weniger machen: Ihr könnt euch jetzt aussuchen, in welchem Spezialisierungsmodul ihr stattdessen eine dieser Prüfungen ablegt. Habt ihr euch für *Politische Theorie* etwa nicht begeistern kön-

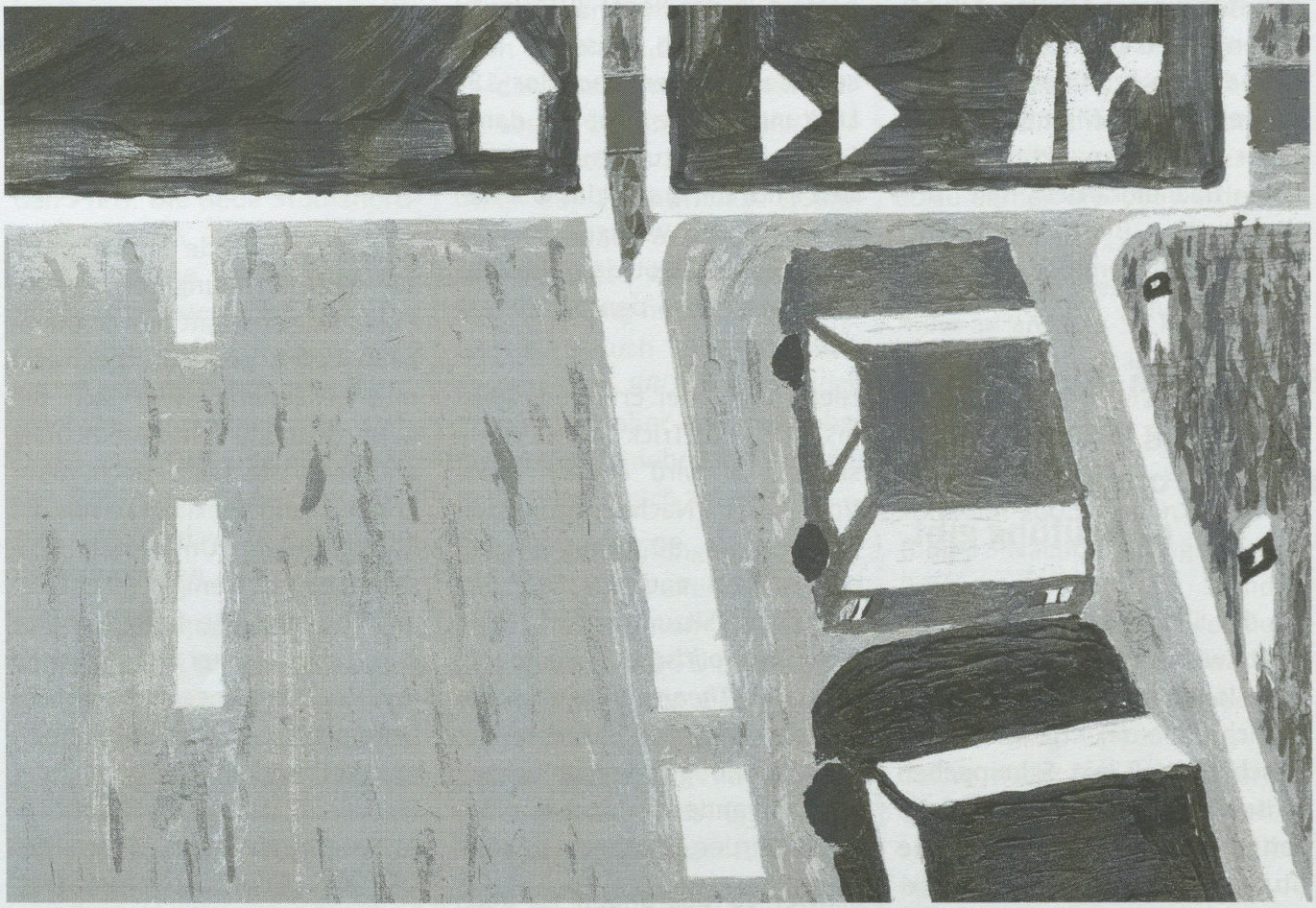
nen, müsst ihr dort nur noch eine Klausur schreiben. Dasselbe gilt natürlich für *Politische Systeme*. Die andere Leistung im Umfang von 10 LP wird euch „geschenkt", da ihr für die beiden 15-LP-Module nur noch zwei Prüfungen ablegen müsst.

Seid ihr eher auf bessere Noten aus, könnt ihr zwei schwächere Leistungen streichen.

Besonders wer sich bisher vor Hausarbeiten gedrückt hat, ist fein heraus: Der neuen Ordnung nach könnt ihr theoretisch alle Leistungen bis auf zwei mit Klausuren ablegen. Der Prüfungsausschuss hat entschieden, dass für Wechsler auch die nach der neuen Studienordnung vorgeschriebenen zwei Referate mit Ausarbeitung nicht gelten. Attraktiv wird für manche auch die halbierte Zeit für Klausuren sein. Ob damit auch die Prüfungsbelastung reduziert wird, ist wohl eher individuell für jeden verschieden.

Auch wer schon 120 LP absolviert hat, kann noch wechseln. So ist es vor der Anmeldung der BA-Arbeit noch möglich, die der neuen Ordnung nach vier Wochen längere Bearbeitungszeit in Anspruch zu nehmen. Wer sich allerdings schon für die Abschlussarbeit angemeldet hat, muss sich an die kürzeren Fristen halten. Die durch den Ordnungswechsel mögliche Verbesserung des Bachelors um bis zu 0,3 Notenpunkte kann dann aber, so Heike Herforth, sogar nach Abgabe der Bachelorarbeit noch genutzt werden.

Zwei kleine Haken bleiben aber: Nach der neuen Ordnung kann nur noch ein affines Modul eingebracht werden. Wer also schon 20 LP im affinen Bereich gesammelt hat, wird um die Hälfte dieser Leistungen bangen müssen. Allerdings könnt ihr hoffen, dass der Prüfungsausschuss bei seiner Linie bleibt und auch hier Wechselwilligen keine Steine in den Weg legen wird. Aber: Die Entscheidung ist endgültig, wechseln dürft ihr nur einmal.



Vorfahrt für Wechselnde: Der Umweg kann auch als Abkürzung dienen.

Aus der Spur

Die neue Studienordnung des BA Politikwissenschaft sieht nach Schabernack aus, aber es steckt Bedrängnis dahinter. In der Not hat das Institut den Studierenden das Leben erleichtert. Warum also nicht wechseln? Vielleicht, weil es sich ein bisschen wie Diebstahl anfühlt. Aber: Prinzipien sollten wir ohnehin an anderer Stelle suchen.

Von Robert Hawemann

Wer in diesem Semester am OSI mit dem Monobachelor angefangen hat, sollte Sinn für das Absurde und Unverhältnismäßige haben: Wie sonst könnten Studienanfänger sich erklären, dass sie an unserem Institut Leistungspunkte erhalten, ohne eine Leistung abgeliefert zu haben? Wo sonst gibt es Vorlesungen, für die pro Sitzung 320 Minuten Vor- und Nachbereitungszeit angerechnet werden? Wo ist eine 120-Minuten-Klausur mehr Leistungspunkte wert als eine Bachelorarbeit mit drei Monaten Bearbeitungszeit? Herzlich Willkommen am Otto-Suhr-Institut.

60 Stunden Prüfungsvorbereitung werden angerechnet, ohne dass es eine Prüfung gibt.

All die Skurillitäten, die der BA Politikwissenschaft bereit hält, sind leider keine Schildbürgerstreiche, die der ernsten akademischen Welt ein Schnippchen zu schlagen suchen. Die im letzten Semester verabschiedete Studienordnung ist vielmehr ein Produkt händeringenden Erfindungsgeistes, denn Not macht erfinderisch. Die Not bestand in finanziellen Engpässen und mangelnden Kapazitäten. Einfach weniger Lehrveranstaltungen anbieten kann das OSI nicht, denn es gibt da ein Hindernis: Der Zeitaufwand, den Studierende pro Leistungspunkt erbringen müssen, ist auf europäischer Ebene genormt und beträgt in der Regel 30 Arbeitsstunden. Daran, dass für den sechssemestrigen Bachelor 180 Leistungspunkte und damit 5400 Arbeitsstunden vorgesehen sind, muss sich das OSI halten. Wie also weniger Studium anbieten und trotzdem dieselbe Arbeitszeit von den Studierenden verlangen?

Hier kommt der Erfindungsgeist ins Spiel. Der Trick ist im Prinzip simpel: Es wird einfach mehr Vor- und Nachbereitungszeit angerechnet. 80 Minuten mehr als in allen anderen Modulen sind es pro Sitzung in den 15-LP-Modulen *Politische Systeme* und *Politische Theorie*. Inhaltlich begründen lässt sich das nicht, zumal dieselben Veranstaltungen auch in anderen Modulen besucht werden können.

Schwer zu begründen ist auch die Anrechnung von Prüfungsvorbereitungszeit im Monobachelor-Modul *Einführung in die Politikwissenschaft:* Denn eine Prüfung gibt es in diesem Modul nicht mehr. Dafür aber acht statt bisher fünf Leistungspunkten. Das Rechtsamt muss an dieser Stelle mehr als ein Auge zugedrückt haben, denn ein Blick in die Modulbeschreibungen für *Einführung in die Politikwissenschaft* hätte offenbart: Auf Seite 1240/41 der Studienordnung werden für den Monobachelor „60 Stunden" Prüfungsvorbereitungszeit, für die 60-LP-Studiengänge gar „120 Stunden" vorgesehen. Auf Seite 1277 heißt es für beide: „Modulprüfung: keine". Für das Mehr an Phantomprüfungsvorbereitungszeit erhalten die Studierenden im Nebenfach gerechterweise auch zwei Leistungspunkte mehr.

Es gibt einen Unterschied zwischen Freiheit und Beliebigkeit.

In der Not wurde im Vergleich zur alten Ordnung für den BA Politikwissenschaft von 2006 an allen Ecken gebogen, gestreckt und ausgehöhlt. Wer sich die neue Ordnung schönredet, mag anführen, sie biete noch mehr Freiheit und Flexibilität für die Studierenden. Um einen Studiengang mit weniger Pflichtveranstaltungen zu finden, hätte man schon vorher lange suchen müssen. Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen Freiheit und Beliebigkeit. Bei einer Peer Review deutscher Politikinstitute wurde vor zwei Jahren das OSI als „Gemischtwarenladen" bezeichnet. Nach der 2006er-Ordnung handelte es sich dabei



Alles in Ordnung? Vor überhastetem Spurwechsel sei gewarnt.

im Grunde um einen Gemischtwarenladen der eigenen Großmutter: Studierende konnten sich vieles aussuchen und bekamen es für einen wohlwollenden Preis. Die neue Studienordnung erweckt eher die Vorstellung, dass die Großmutter aus der Spur geraten ist: Sie würfelt die Preise in ihrem Laden und verrechnet sich um eine Kommastelle zu deinen Gunsten. Diese neue Ordnung gibt einem das Gefühl, im Laden der eigenen Oma geklaut zu haben, ohne es zu wollen.

Die Studierendenvertreter hatten lange Zeit für eine Erhaltung beider Theorie-Pflichtmodule gekämpft. Inzwischen reklamieren sie ebenjene Wahlfreiheit als ihren Erfolg, die auch aus dem Wegfall der Pflichtmodule entstanden ist. Wie weit die Professorenseite ebenfalls von ihren Prinzipien abgewichen ist, lässt sich an dem erkennen, was Sven Chojnacki Ende 2011 noch in der Studienreformkommission sagte: Ein Studium der Politikwissenschaft in Deutschland ohne ein Pflichtmodul *System der BRD* könne er sich nicht vorstellen. Diese Maßgabe umzusetzen, gelang nur bedingt: Zwar ist ein Besuch der Vorlesung *System der BRD* immer noch empfohlen, aber kein Monobachelor muss mehr eine Prüfung in diesem Bereich ablegen.

Überhaupt, Prüfungen: Die spart sich das OSI an allen Ecken und Enden. In anderen Studiengängen ist es an der FU normal, pro Lehrveranstaltung eine Note zu bekommen. Am OSI sind es der neuen BA-Ordung nach inzwischen weniger als 0,5. Damit sinkt die Prüfungslast für Studierende und auch die Prüfenden. Aber ob es didaktisch sinnvoll ist, für den BA nicht mehr als zwei Hausarbeiten zur Pflicht zu machen, lässt sich in Frage stellen: Eigenständiges Arbeiten und wissenschaftliche Sorgfalt sollten nicht erst mit der Abschlussarbeit erprobt werden.

Das ist besonders bemerkenswert, da die neue Studienordnung an anderer Stelle sehr viel Wert auf selbstständiges Arbeiten legt: in den Veranstaltungen der 15-LP-Module, in denen die Leistung erbracht wird. Hier kommen 200 Stunden Vorbereitung-, Nachbereitungs-, und Prüfungszeit auf 30 Stunden Präsenzzeit. Da bleibt viel Gelegenheit zum Grübeln. Denn, so absurd und sinnlos die neue Studienordnung wirken mag: Die Suche nach Sinn, Orientierung und Gestaltungsmöglichkeiten sollte lieber im Studium selbst betrieben werden.

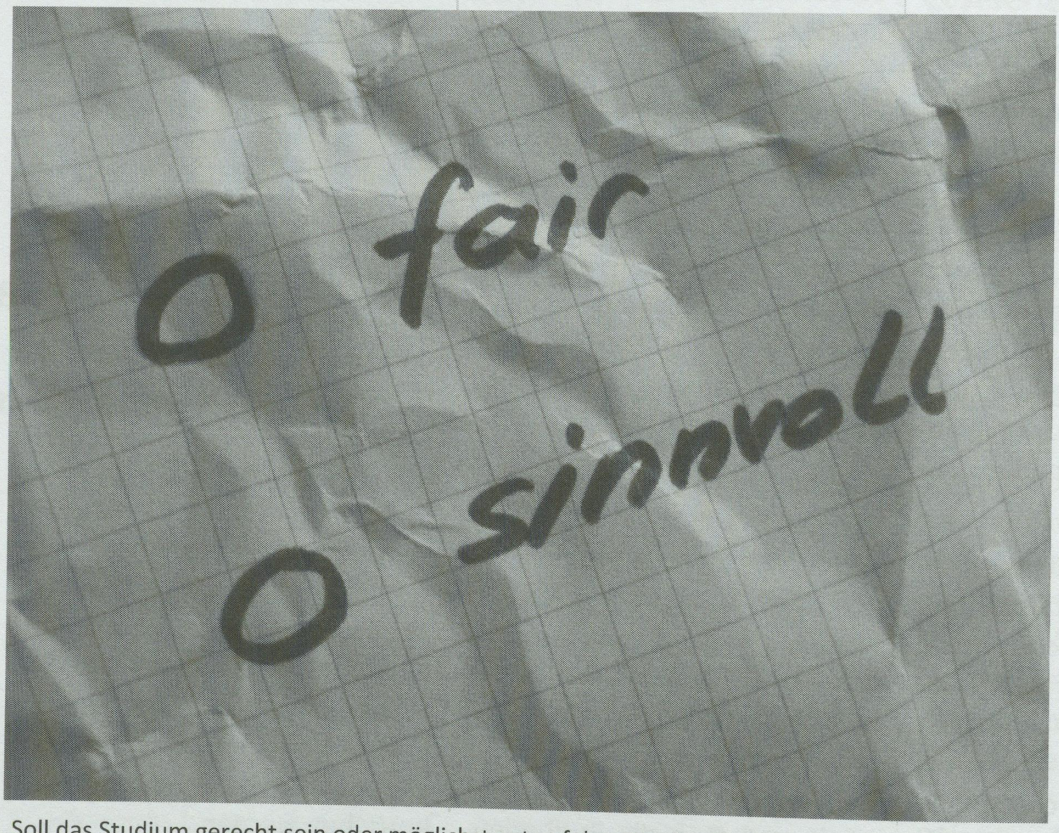
Schlimmer geht immer

Die neue Sozialkunde-Studienordnung ist zwar auf dem Papier gerechter, bereitet künftige Lehrer aber nur unzureichend auf die vielfältigen fachlichen Anforderungen des Berufs vor.

Von Claudia Zink

Sieben Leistungspunkte für ein Modul, für das jeder andere zehn bekommt? Das ist jetzt Geschichte. Dank der neuen Sozialkunde-Studienordnung gibt es jetzt für gleiche Leistungen auch den gleichen Lohn. Endlich legen alle Studierenden die gleichen Prüfungsleistungen ab, bekommen dafür die gleiche Anzahl an Leistungspunkten und haben etwa gleich viele Stunden Arbeit in ein Modul gesteckt.

Aber wo ist der Haken? Ein Blick in den neuen Studienverlaufsplan genügt: Denn um diesen zu verstehen, reichen einfachste mathematische Kenntnisse. Ein 60-LP-Sozialkundestudium besteht jetzt aus sechs Modulen – einem pro Semester. Ein 90-LP-Sozialkundestudium aus neun Modulen – man hat also lächerliche eineinhalb Module pro Semester im Hauptfach. Vergeblich jedoch sucht man nach Rechtlichen Grundlagen, IPÖ oder Europäischer Integration. Die findet man erst als Wahlpflichtmodule im Grundlagenbereich II – irgendwo zwischen Regionaler Politikanalyse, Umweltpolitik und Friedens- und Konfliktforschung. Zwar stellen die letztgenannten Fachgebiete interessante Spezialisierungsmöglichkeiten dar, ihre praktische Relevanz für den schulischen Alltag ist jedoch zu bezweifeln.



Soll das Studium gerecht sein oder möglichst gut auf den Beruf vorbereiten? Diese Wahl können Sozialkunde-Studenten, die nicht erst in diesem Wintersemester ihr Bachelor-Studium begonnen haben, jetzt treffen.

Integrationswissenschaft ohne Rechtliche Grundlagen, IPÖ oder Europäische Integration?

Wie die Politikwissenschaft vertritt auch die Politikdidaktik den Anspruch, eine Integrationswissenschaft zu sein, die Fragen aus verschiedensten Wissenschaftsbereichen, wie etwa dem Recht oder der Soziologie, aus einer politischen Perspektive betrachtet. Diesem Anspruch trägt die neue Studienordnung kaum Rechnung. Eine derartige Kritik mag nach theoretischen Spitzfindigkeiten klingen, relevant wird sie jedoch in der praktischen Arbeit: Wirtschaftliche, rechtliche und soziologische Fragen sowie Aspekte der Europäischen Integration ziehen sich durch die Rahmenlehrpläne der politischen Bildung in allen Klassenstufen. Natürlich

lässt sich argumentieren, dass man sich als Lehrer viele Themen selbst erarbeiten muss, und man nicht erwarten kann, mit dem Wissen aus der Uni bis zur Pensionierung auszukommen. Allerdings stellt sich dann die Frage, welche Berechtigung der spezifische Bachelor mit Lehramtsoption hat, wenn er nicht besser auf den Master und Lehrerberuf vorbereitet als ein konventioneller Kombibachelor.

Zu viel oder zu wenig Methoden sind im Lehramtsstudium nicht zielführend.

Die neue Studienordnung büßt jedoch nicht nur Pflichtmodule ein, denn es gibt tatsächlich ein neues Grundlagenmodul. Das gute alte PSTWA heißt jetzt PSMWA und wurde für 90-LPler um eine Methodenvorlesung ergänzt. Ein netter Ansatz – aber brauchen Sozialkundestudenten wirklich mehr Methoden, als im bisherigen PSTWA vermittelt werden konnten? Müssen sozialwissenschaftliche Methoden ausführlich erlernt werden, wenn die vorerst höchste Forschungsleistung die Bachelorarbeit ist?

Im 60-LP-Sozialkundestudium fällt dagegen nach der neuen Studienordnung das PSTWA komplett weg. Die Qualität von Hausarbeiten wird sicherlich darunter leiden, dass eine grundlegende Einführung in wissenschaftliche Arbeitstechniken somit komplett fehlen wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die klassische Frage, was man höher bewertet – Legitimität oder Effizienz? Ein Studium, das berufsvorbereitend, aber ungerecht ist, oder eines, das zwar gerecht, aber nicht hilfreich ist? Diese schwierige Frage wird Erstsemestern nun freundlicherweise abgenommen – ein Studium nach der alten Ordnung ist nämlich nicht mehr möglich.

Anzeige

STUDENTEN OFFER

Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!

Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!

So kann bei uns **online** bestellt werden:

OnlineShop Digitaldrucke

B.I.O.S.für FU-Nutzer
(001 - Visitenkarten
004 - Druckleistungen)

digitales **Mail Postfach**
printpool@copy-center.de

...oder mit Stick/Datenträger einfach vorbeikommen.

www.copy-center.de
www.copy-center-shop.de (Digitaldrucke)
www.copy-center-bshop.de (Büromaterialien)
www.stempel-jetzt.de (Stempel)

Dornröschenschlaf mit Methode: Wachküssen ausdrücklich erwünscht

Die Situation des Methodenbereichs am OSI ist desolat. Warum regt sich keiner auf? Im Gegensatz zu anderen Arbeitsbereichen gibt es hier keine Lobby.

Ein Gastkommentar von Paul Kühn

Es gibt rhetorisch einen Konsens am OSI, was an sich schon bemerkenswert erscheint: Die Vermittlung von Methoden im Politikwissenschaftsstudium sei unerlässlich für das Studium selbst und darüber hinaus für die Perspektiven im Beruf. Keine Lehrveranstaltung vergeht, ohne dass gegenüber den TeilnehmerInnen nachdrücklich auf die Bedeutung der Methoden hingewiesen wird. Doch wie spiegelt sich dieser einhellige Tenor in der Praxis wider?

Man muss nicht lange suchen, um auf die desolate Situation aufmerksam zu werden. Derzeit gibt es 2,5 Personen am OSI, die sich „hauptamtlich" mit Methoden beschäftigen und nahezu den gesamten Lehrbedarf in allen politikwisseschaftlichen Studiengängen abdecken. Dazu zählen Dieter Ohr mit seiner halben Stelle, sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Frank Lettau und Stefan Ryll, der wohl in absehbarer Zeit in Rente gehen wird. „Danach wird es wahrscheinlich nur noch eineinhalb Stellen für Methoden geben", prognostiziert Ohr. Welch ein Armutszeugnis für das so selbstbewusst auftretende Institut. In anderen Bereichen des Studiums sieht die Lage vollkommen anders aus: Allein im Pflichtmodul „Theorie, Empirie, Geschichte der Internationalen Beziehungen" werden dieses Semester eine Vorlesung und 15 Seminare von unterschiedlichen DozentInnen angeboten.

Geradezu absurd ist auch die mangelnde Verankerung politikwissenschaftlicher Methoden in den verschiedenen Studienordnungen. So kommen Studierende, die Politikwissenschaft / Sozialkunde als Nebenfach belegt haben, in den neuen Studienordnungen überhaupt nicht mehr in den „Genuss" einer einzigen Methodenveranstaltung. Doch nicht nur das: Im Monobachelor gibt es im gesamten Studium nur noch maximal vier Methodenveranstaltungen, deren Lehrqualität der Erfahrung nach höchst unterschiedlich ist – Spezialisierung unerwünscht. Wobei



Gähnst du noch oder schläfst du schon?

sowieso die Frage besteht, worauf man sich spezialisieren sollte. Schließlich werden immer die gleichen Methodenveranstaltungen von den gleichen Dozenten angeboten.

Doch tut man dem OSI vielleicht unrecht, weil in allen Seminaren grundlegende methodische Kenntnisse vermittelt werden? Die Geschäftsführende Direktorin Tanja Börzel spricht auf Nachfrage in diesem Zusammenhang davon, dass am OSI die Methodenlehre „gemainstreamed" worden sei. Ein entlarvendes Beispiel für diese Querschnittsausbildung sind die berühmten Methodenhauptseminare. Der Erfolg des „Mainstreamings" war hier so groß, dass die benannten Seminare in der neuen Bachelorordnung erst gar nicht mehr auftauchen. Die böswillige Vermutung liegt nahe, dass einfach nicht genügend Methodenkompetenz am OSI vorhanden ist, um ausreichend dieser Seminare anzubieten.

Die Erklärung, warum Anspruch und Wirklichkeit bei den Methoden Lichtjahre voneinander entfernt liegen, fällt dagegen schwerer. Sicherlich ist das Profil des OSIs traditionell wenig stark methodisch ausgerichtet, wie Dieter Ohr zu Recht anmerkt. Die entscheidenden Gründe liegen jedoch in den hochschulpolitischen Kräfteverhältnissen. Das Problem der Methoden ist, dass, im Gegensatz zu ebenfalls eher marginalisierten Bereichen wie der politischen Theorie, in keiner Statusgruppe eine Lobby für Methoden existiert. Es ist kein Geheimnis, dass das OSI inhaltlich und personell sehr stark fragmentiert ist. Dies führt dazu, dass die ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen hochschulpolitisch in erster Linie für die Interessen ihrer eigenen Arbeitsbereiche kämpfen. Und bei den Studierenden löst das Wort „Methoden" leider auch eher selten Begeisterungsstürme aus.

Es bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und die Methoden am OSI nicht weiterhin ein solch trauriges Dasein fristen müssen. Dazu bedarf es vieler Prinzen und Prinzessinnen, die sich im Wachküssen versuchen.

Anzeige

STUDENTEN OFFER

Wir sind ganz auf Studenten eingestellt.

...an der FU!

Filiale Dahlem I
Habelschwerdter Allee 37
14197 Berlin
Telefon 84 17 42 10
Telefax 84 17 42 36
e-Mail:
habelschwerdterallee@copy-center.de

Filiale Dahlem II
Ladenbergstr. 2
14197 Berlin
Telefon 83 00 93 10
Telefax 83 00 93 29
e-Mail:
ladenbergstr@copy-center.de

Weitere Standorte:
Schöneberg, Mitte/Kreuzberg, Tempelhof, Pankow, Potsdam

www.copy-center.de

KOPIEN ALLER ART
DIGITALDRUCKE
(Laser + Offset)
PERSONALISIERTE DRUCKE
BROSCHÜREN
EXEMPLARDRUCKE
DISSERTATIONEN
DIPLOMARBEITEN
SKRIPTE / READER
FLYER
VISITENKARTEN
XXL-DRUCKE
(Poster, Plakate)
PLATTENDRUCKE
BANNER
ROLL Ups
CD / DVD KOPIEN
SCANS
TEXTILDRUCKE
BINDUNGEN
STEMPEL

PC-ARBEITSPLÄTZE
(scannen, drucken, surfen)

Preisvorteil für Online-Besteller!

So kann bei uns **online** bestellt werden:

OnlineShop Digitaldrucke

B.I.O.S. für FU-Nutzer
(001 - Visitenkarten
004 - Druckleistungen)

digitales Mail Postfach
printpool@copy-center.de

...oder mit Stick/Datenträger einfach vorbeikommen.

www.copy-center.de
www.copy-center-shop.de (Digitaldrucke)
www.copy-center-bshop.de (Büromaterialien)
www.stempel-jetzt.de (Stempel)

„Das OSI ist das Science Po Berlin“

Das OSI rühmt sich oft mit seiner internationalen Ausrichtung. Doch warum kommen Studierende aus dem Ausland zum Politikstudium an die Freie Universität? Die OZ hat mit einigen von ihnen gesprochen.

Von Katja Plambeck

Svenia Busson aus Paris, Frankreich, 3. Semester BA

Nach dem Bac (Baccalauréat) in Paris war ich beseelt von dem Wunsch, am Science Po in Nancy zu studieren. Das Institut ist für seine deutsch-französische Ausrichtung bekannt. Leider musste ich diesen Traum trotz vieler Bemühungen aufgeben.

In Deutschland ist der Name des Instituts nicht so wichtig.

Da ich aus einer deutsch-französischen Familie stamme, war mir ein Studium mit einer entsprechenden Ausrichtung sehr wichtig. Aus diesem Grund informierte ich mich, welche Kooperationen das Science Po in Deutschland hat. So bin ich auf das OSI gestoßen. Schließlich war eine Studienmesse in Straßburg dafür ausschlaggebend, dass ich mich für das OSI entschied. Dort wurden zwei deutsch-französische Masterstudiengänge vorgestellt. Ich sagte mir damals: „Wenn das Science Po so enge Beziehungen zum OSI unterhält, muss das Institut ja gut sein.“ Ein Blick auf einige Internetrankings bestätigte mein Urteil.



© Svenia Busson

Das Studium am OSI ist ganz anders aufgebaut als in Frankreich. Das Institut ist sehr groß und auch ein wenig überfüllt, sodass es manchmal schon schwierig ist, neue Leuten kennenzulernen. Zudem habe ich bereits festgestellt, dass es in Deutschland nicht so sehr auf den Namen des Instituts ankommt, sondern viel mehr darauf, welche Qualifikationen man vorweisen kann. Das ist in Frankreich ganz anders. Dort wird sehr viel Wert darauf gelegt, dass man eine der berühmten „Grandes Écoles“ besucht hat.

Ich bin glücklich, am OSI zu studieren, auch wenn es in Frankreich nur unter Politikwissenschaftlern bekannt ist. Fragen mich nun in Frankreich meine Verwandten, Freunde oder Bekannten, wo ich studiere, dann sage ich einfach: am Science Po Berlin.

Azhan Bin Hasan aus Kuala Lumpur, Malaysia, PhD-Kandidat am Forschungszentrum für Umweltpolitik

Bevor ich ans OSI gekommen bin, habe ich bereits zehn Jahre als Dozent in Malaysia an der Universiti Teknologi Petronas gearbeitet, die vom gleichnamigen Mineralölkonzern gegründet wurde. Dort habe ich Economy and Business Management gelehrt. Zuvor hatte ich meinen Master in Tokio gemacht.

Mir gefällt, dass am OSI Umweltpolitik im Vordergrund steht.

Ein Stipendium der Petronas-Universität ermöglicht es mir jetzt, im Ausland zu promovieren. Da meine Heimatuniversität auf Umwelt- und Energiepolitik spezialisiert ist, habe ich natürlich ein Institut gesucht, das ähnlich ausgerichtet ist. So bin ich auf das Forschungszentrum für Umweltpolitik am OSI gestoßen, das für seine Forschung


© Azhan Bin Hasan

bekannt ist. Mir gefällt am OSI vor allem, dass eben solche neueren Disziplinen wie die Umweltpolitik im Vordergrund stehen.

In Malaysia ist das OSI eher weniger bekannt. Ich vermute sogar, dass ich der erste Malaysier am OSI, vielleicht sogar an der FU bin. Dabei würde ich mir wünschen, dass sich Malaysia und die FU künftig mehr einander öffnen, um Kooperationen und damit mehr Austausch für Studenten und Forscher zu ermöglichen. Denn momentan bevorzugen es die meisten malaysischen Studenten, nach Großbritannien oder Frankreich zu gehen. Dies ist wohl teilweise auch sprachbedingt. Ich habe mich jedoch damals ganz bewusst für Deutschland und für Berlin entschieden, weil ich lieber in einem Land studieren wollte, wo nicht hauptsächlich Englisch gesprochen wird.

Das OSI ist meiner Meinung nach einzigartig und ich bin glücklich, hier studieren zu können.

Raphael Casado aus Peru, 1. Semester BA

Als ich 2010 nach Berlin kam, konnte ich noch kein Wort Deutsch. Daher meldete ich mich zunächst für einen Sprachkurs an, während ich gleichzeitig zwei Semester an einem Studienkolleg lernte.

„In Peru hatte ich bereits von meinen Dozenten und Professoren vom OSI gehört."

Schon damals wusste ich, dass ich gerne Politikwissenschaft studieren möchte, denn ich hatte das Fach bereits in Peru ein Jahr lang belegt. Dort gefielen mir jedoch die Studienbedingungen und das Hochschulsystem nicht so sehr. Das war ausschlaggebend für meinen Entschluss, Peru zu verlassen.

Das OSI kannte ich bereits vor meiner Ankunft in Berlin. Denn ich habe einige Verwandte in Deutschland, und meine Tante hat selbst am OSI studiert. Doch auch während meines einjährigen Studiums in Peru hatte ich bereits von meinen Dozenten und Professoren vom OSI gehört.


© Raphael Casado

Weil ich derzeit im ersten Semester bin, habe ich bislang noch nicht allzu viele Erfahrungen am Institut machen können. Mein erster Eindruck jedoch ist, dass hier wirklich viele gut ausgebildete Leute mit hohen Ansprüchen tätig sind. Auch durch hohen NC wirkt es auf mich elitär.

Ich glaube, für meinen späteren Berufsweg davon profitieren zu können, dass ich am OSI studiert habe.

„Ich brauch' nur den Schein! Ich weiß, wie's geht."

Die neue Studienordnung, der Bologna-Prozess, die obligatorischen Studienberatungen – das alles sind Themen, die uns und das OSI unmittelbar betreffen. Doch was steckt hinter den Regelungen und welche Auswirkungen werden wir in Zukunft spüren? Im Gespräch mit der OSI-Zeitung verrät Peter Massing, Arbeitsschwerpunkt Sozialkunde und Politikdidaktik, nicht nur, welche Veränderungen er sich am OSI wünschen würde, sondern positioniert sich auch zu bildungspolitischen Fragen.

Das Interview führten Katja Plambeck und Claudia Zink

OZ: Wenn Sie beliebig viel Geld zur Verfügung gestellt bekommen würden, um drei konkrete Veränderungen am OSI umsetzen zu können, welche drei Veränderungen wären das?

Massing: Zunächst einmal würde ich dafür sorgen, dass wir mehr Personal für die Lehre bekämen. Und für die Lehrerbildung, vor allen Dingen für spezifische lehrerzentrierte Forschungsprojekte, würde ich gerne versuchen, dass diese eine stärkere Bedeutung am OSI erhalten würde.

So gibt es im Augenblick vor allem in Berlin das Problem von Politikunterricht für Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Wir wissen bisher relativ wenig über dessen Ablauf und die von Lehrerinnen und Lehrern benötigten Kompetenzen. Wir haben gerade ein Forschungsprojekt bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft beantragt, und da ich mir nicht sicher bin, ob es genehmigt wird, wüsste ich natürlich sofort, was ich mit dem Geld machen würde.

Eine weitere wichtige Veränderung wäre die Verbesserung der Kommunikationssituation zwischen Studierenden und Lehrenden, wie sie sich in der letzten Zeit schon in den jeweiligen Institutionen, sei es nun im Institutsrat oder Fachbereichsrat, zeigt. Es wäre schön, wenn sich diese noch weiter entwickeln würde, sodass Studierende und Lehrende gemeinsam an Problemen und Projekten arbeiten können. Aber das kann man natürlich nicht mit Geld erreichen, sondern da muss auch der Wille dahinterstehen.

Welche Vor- und Nachteile sehen Sie am OSI seit der Umsetzung des Bologna-Prozesses?

Als der Bologna-Prozess 1999 initiiert wurde, hatte noch keiner die Vorstellung, dass auch in der Lehrerausbildung konsekutive Studiengänge eingeführt werden würden. Die Idee der internationalen Vergleichbarkeit war für diese sehr stark auf nationale Bildungssysteme orientierte Ausbildung nicht zentral. Der Vorteil, den ich in der Übertragung auf die Lehramtsstudiengänge sehe, ist, dass das Studium strukturierter und auch klarer gefasst ist. Dadurch können die Studenten schneller und auch mit weniger Problemen studieren.

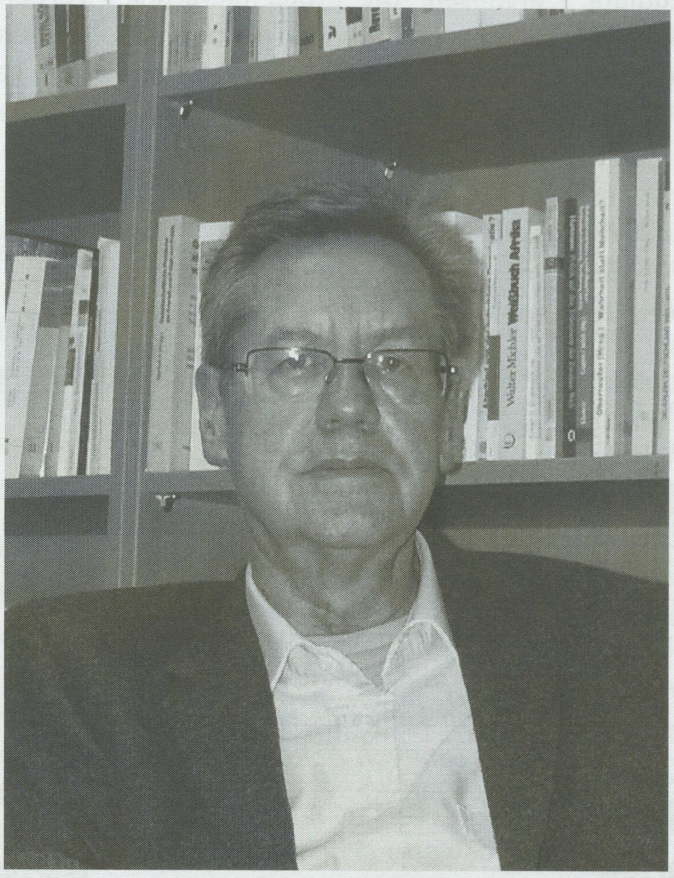
Der Master-Studiengang wiederum hat den großen Vorteil, dass er schon die fachwissenschaftliche Kompetenz voraussetzt, die die Studenten im Bachelor-Studiengang erworben haben sollten, und sich so stärker auf Fachdidaktik, Bildungswissenschaft und Praxiserfahrungen konzentrieren können.

Der große Nachteil war bisher, dass das Bachelor-Studium durch die Integration von Studium und Prüfungen sehr viel anspruchsvoller war. Und dieses Problem hat sich noch dadurch verstärkt, dass die Lehramtsstudenten im Grunde genommen drei Fächer unter einen Hut bringen müssen. Diese zu hohen Prüfungsanforderungen haben wir durch die Studienreform weitgehend beseitigt.

Übertragbare Kompetenzen sind im Lehramtsstudium zentraler als konkrete Inhalte.

Die Koordination und die Überschneidungsfreiheit der Fächer funktioniert zwar innerhalb der FU einigermaßen gut. Aber sobald Sie ein Fach an einer ande-

ren Universität studieren, ist es extrem schwierig, das Studium in der vorgesehenen Zeit abzuschließen. Das liegt nicht an Ihnen, sondern an den fehlenden Absprachen zwischen den Universitäten. Entgegen der ursprünglichen Pläne ist das Bachelor-Studium in den einzelnen Bundesländern, ja sogar an den einzelnen Universitäten so unterschiedlich organisiert, dass kaum ein Studienortwechsel innerhalb des Bachelor-Studiums möglich ist. Und beim Studienortwechsel nach dem Bachelor-Studium zum Masterstudium ist es genauso. Durch diese Probleme wird die Idee der Bologna-Reform zumindest für das Lehramtsstudium eher konterkariert.



In einer verbesserten Lehrerausbildung sieht Peter Massing eine Lösung für viele Probleme des deutschen Bildungssystems.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die neue Sozialkunde-Studienordnung?

Ich sehe die neue Studienordnung schon als einen großen Fortschritt. Wir mussten uns zwar wie bisher auch sehr stark am Monobachelor orientieren, weil wir es uns nicht leisten können, eigene Fachveranstaltungen für Lehrer anzubieten. Aber ziemlich viele Aspekte, die vorher zu Schwierigkeiten geführt haben, z.B. die unterschiedliche Vergabe von Leistungspunkten für die einzelnen Seminare, die unterschiedlichen Zeiten für die Klausuren und auch der unterschiedliche Umfang von Hausarbeiten, konnten wir mit Hilfe der neuen Studienordnung ein wenig abbauen. Daher würde ich davon ausgehen, dass das Studium jetzt einfacher und effizienter als vorher ist.

Wenn man sich nun aber die Rahmenlehrpläne für Sozialkunde etwa für Berlin anschaut, gibt es zahlreiche Themen, die beispielsweise mit der Europäischen Integration oder Wirtschaftsfragen zusammenhängen. Sind sie der Meinung, dass die neue Studienordnung ausreichend auf derartige Themen vorbereitet?

Es ist genau das Prägende am Sozialkundelehramt, dass Sie sich als Lehrer immer auf viele Bereiche selbst vorbereiten müssen. Das Studium kann gar nicht so stark an Lehrplänen orientiert sein. Erstens werden die Lehrpläne häufig verändert. Außerdem bereitet das Lehramtsstudium an der FU ja nicht nur auf die Lehrertätigkeit in Berlin vor. Und vor allem werden ständig neue Themen diskutiert und die Schüler haben spezifische Interessen, die sie im Unterricht behandeln wollen. Daher ist es sehr viel wichtiger, dass wir Ihnen im Studium die Kompetenzen vermitteln, die Sie befähigen, sich möglichst schnell und strukturiert in unterschiedliche Themenbereiche einzuarbeiten. Wenn Sie in Ihrer Ausbildung einen Teil Politikwissenschaft, einen Teil Soziologie, einen Teil Wirtschaft und vielleicht noch ein anderes Fach studieren, wären Sie im Grunde genommen in keinem Fach richtig kompetent. So kann man sagen, Sie verstehen vielleicht weniger von Wirtschaft und weniger von Soziologie, aber Sie haben eine gute politikwissenschaftliche Ausbildung.

Im Master soll mehr Wert auf die Vermittlung von Kenntnissen zur Inklusion gelegt werden.

Was für konkrete Pläne gibt es bisher für die neue Master-Studienordnung?

Es gibt im Augenblick eine Expertise von Jürgen Baumert, der auch die PISA-Studie verantwor-

tet hat, und einer Reihe anderer Experten, die darstellt, wie das neue Lehramtsstudium in Berlin aussehen soll. Dieser Vorschlag bezieht sich zwar auf Bachelor und Master, aber betrifft in erster Linie das Master-Studium. Eine relativ neue Entwicklung ist, dass es nicht mehr wie bisher einzelne Praktika geben wird, sondern ein ganzes Praktikumssemester. Außerdem werden die Fachdidaktik und die Bildungswissenschaften einen noch größeren Stellenwert bekommen.

Zusätzlich werden auch neue Bereiche eine Rolle spielen, z.B. wird stärker auf den Aspekt des Migrationshintergrunds im Sinne von Diversity eingegangen. Auch der Aspekt der Inklusion soll eine größere Rolle spielen – möglichst auch schon im Bachelor.

Deutschland hat immer noch zu wenige Abiturienten und einen zu starken Selektionsdruck.

Kommen wir von der inhaltlichen zur formalen Ebene des Studiums. Sie führen für Sozialkunde-Studenten die verpflichtende Studienberatung im ersten und dritten Semester durch. Welchen Sinn sehen Sie in dieser Maßnahme?

Unser eigentliches Ziel war, ein häufig auftretendes Problem zu beheben: Wir merkten oft erst dann, wenn Studenten zu uns kamen und sich für ihr Staatsexamen anmelden wollten, dass ihnen viele Kurse aus früheren Semestern fehlten, weil sie erst zu spät zur Studienberatung gegangen waren. Wir dachten, durch zwei verpflichtende Studienberatungen könnten wir verhindern, dass die Studenten falsch studieren. Das hat sich als eine völlig falsche Vorstellung erwiesen. Die Studienberatung wurde im Grunde genommen überhaupt nicht wahrgenommen, sondern die Studenten kamen und sagten: „Ich brauch nur den Schein. Ich weiß, wie es geht." Wir haben dann schon mal gesagt, worauf man achten muss, aber generell war es nur ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand. Daher haben wir in der neuen Bachelor-Studienordnung auf diese verpflichtenden Studienberatungen verzichtet.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die Bildungspolitik: Wie beurteilen Sie die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegene Zahl von Abiturienten und Studierenden?

Ich bewerte sie positiv, weil wir im Vergleich zu anderen Industrienationen immer noch zu wenige Abiturienten und auch zu wenige Studierende haben. Ich denke, das Problem liegt weniger in der Anzahl der Abiturienten. Es ist stattdessen bedenklich, dass weiterhin der Selektionsdruck der Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen zu hoch ist. Man kann immer noch feststellen, dass das Niveau des Studienabschlusses wesentlich von der sozialen Herkunft abhängig ist.

Welche konkreten Lösungsmöglichkeiten sehen Sie für dieses Problem?

Ein Punkt, an dem man ansetzen kann, ist die Lehrerbildung. Gerade heute sehen Lehrerinnen und Lehrer, auch wenn sie an der Universität andere Dinge hören, die Schule selbst immer noch stark unter dem Selektionsgesichtspunkt. Lehrerinnen und Lehrer, die besser darauf vorbereitet werden, dass sie keine homogenen Schulklassen vor sich haben, sondern sehr heterogene Klassen in Bezug auf die soziale Herkunft und den Migrationshintergrund, können vielleicht auch besser damit umgehen.

„Ich denke, Berlin ist durch die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten des zweigliedrigen auf einem guten Weg."

Aber es gibt natürlich auch noch andere bildungspolitische Möglichkeiten: Es sollte frühzeitig mit Bildung begonnen werden, das heißt, schon im Kindergarten und der Kindertagesstätte. Diese Einrichtungen sollten nicht als Bewahranstalten, sondern vor allem als Bildungseinrichtungen verstanden werden. Schon hier sollte sehr viel Wert auf den Deutschunterricht gelegt werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre die flächendeckende Einführung der Ganztagsschulen. Ich denke, Berlin ist durch die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten des zweigliedrigen auf einem guten Weg.

Initiative zeigen!

Der Institutsrat vergibt Fördergelder für studentische Projekte, doch nur wenige Studierende wissen um diese Möglichkeit.

Von Carsten Spandau

Studieren bedeutet, die Bildungsstätte nicht nur als KonsumentIn aufzusuchen, sondern sie auch zu beleben. So sollte auch das OSI nicht nur eine zweckmäßige Filiale für angebotssuchende Studierende sein, die wissenshungrig das Gebotene für sich in Anspruch nehmen und davon ausgehen, dass der Hunger fremdbestimmt gestillt wird. Allerdings: Die Bereitschaft zur studentischen Eigeninitiative lässt am OSI eher zu wünschen übrig. Mangelt es an Kreativität oder Tatendrang? – hoffentlich nicht. Vielleicht fehlt aber die Zeit oder es stehen keine Mittel zur Verfügung.

5000 Euro stehen jährlich für studentische Projekte zur Verfügung.

Leider hat der Institutsrat keine Möglichkeit, die mit Bologna eingeleitete Verkürzung der studentischen Lebenszeit rückgängig zu machen. Jedoch können Studierende seit dem 23.05.2012 zumindest Fördergelder in Anspruch nehmen, die der Institutsrat anhand von einigen lockeren Richtlinien vergibt.

Insgesamt werden im OSI-Haushalt 5.000 Euro bereitgestellt und unter Winter- und Sommersemester aufgeteilt: In den kalten Monaten sind es 3.000 Euro und in den warmen 2.000 Euro, von denen jedes Projekt maximal 500 Euro beanspruchen kann.

Ein Projekt sollte diesen Kriterien nach besonderen Bezug zu institutsrelevanten Themen haben, inhaltlich schwach vertretene Bereiche am OSI abdecken und mindestens 10 Studierende sollten von der Förderung profitieren. Bei Exkursionen gilt ein täglicher Kostenbeitrag von 20 Euro pro TeilnehmerIn. Zudem muss im Falle einer Begrenzung der Teilnehmerzahl über das Auswahlverfahren informiert werden.

Diese Kriterien sollen der notwendigen Priorisierung von Anträgen dienen, um eine bestmögliche Streuung der Gelder für studentische Eigeninitiative und Vielfalt am OSI zu gewährleisten.

Zu den geförderten Projekten gehört z.B. auch die deutsch-ghanaische NGO *Boa Nnipa e.V.* (siehe Seite 27). Und auch die *OSI-Zeitung* finanziert sich teilweise durch die Förderung.

Tim Sontheimer, studentisches Institutsratmitglied, sieht in der Vergabe der Gelder ein positives Signal. Er erklärte gegenüber der OSI-Zeitung, dass Initiativen, die vielen Menschen viel bringen, aber vielleicht unwirtschaftlich sind, Förderung verdienen. Sein Ziel für die Förderung studentischer Projekte ist, dass selbstbestimmte Lehre und freie Bildung am Otto-Suhr-Institut einen höheren Stellenwert bekommen. Das OSI sei nicht nur Bildungslieferant, sondern auch Streitgegenstand. Studierende sollten sich an diesem Streit beteiligen, was sich auch im Haushalt widerspiegeln solle. Trotzdem kritisiert Tim: „Nun werden immerhin Mittel auf Antrag zur Verfügung gestellt – eine Verbesserung auf niedrigem Niveau."

Der Institutsrat wartet auf ideenreiche Anträge.

Somit bleibt die Aussicht, dass der Institutsrat sich auch zukünftig mit der Förderungswürdigkeit von studienbegleitenden Projekten beschäftigen wird. Daher gilt es nun, diesen mit ideenreichen Anträgen zu überhäufen, denn damit ist die Chance geboten, für studentische Gestaltungsmöglichkeiten am OSI zu lobbyieren – wenn schon nicht durch Gremienwahlen, dann durch Eigeninitiative. Der Reputation des Instituts würde es guttun, vor allem aber den Studierenden selbst.

Hinter Gittern

Die Missstände im Gesellschaftsleben kritisch hinterfragen, gegen Diskriminierung und Menschenrechtsverletzung protestieren, nach freier Bildung und unabhängiger Forschung streben – und deshalb unter Terrorverdacht hinter Gitter kommen? Die international vernetzte Arbeitsgruppe „Freiheit von Forschung und Lehre in der Türkei" plädiert für die Freiheit von Meinung und Wissenschaft und für die Freilassung der politisch Inhaftierten im Land. Die OZ hat sich mit zwei Gruppenmitgliedern in Berlin getroffen.

Von Petya Hristova

Evrim Mustu studiert Politikwissenschaft am OSI. Yasemin Ural promoviert zum Thema Migrationssoziologie in Paris und forscht momentan am *Centre Marc Bloch* der Humboldt Universität. Sie sind Mitglieder der seit Januar 2012 existierenden deutschen Sektion der *Internationalen Arbeitsgruppe „Freiheit von Forschung und Lehre in der Türkei"*. Ihre Hauptaufgabe ist es, die deutsche Öffentlichkeit für die Menschenrechtslage im Land zu sensibilisieren. Ursprünglich wurde die Gruppe als Beobachtungsinstanz in Frankreich unter dem Namen *Groupe International de Travail* (GIT) gegründet, die die Lage der bedrohten Personengruppen sowie die persönlichen Geschichten der bereits Inhaftierten sammelt und zugänglich macht. Zu der Gründung kam es nach der Verschärfung der repressiven Maßnahmen vonseiten der Regierung im November 2011 und vor allem nach der Festnahme der Professorin für Internationale Politik Büşra Ersanlı, des Inhabers des renommierten Belge-Verlags Ragıp Zarakolu und des Journalisten Deniz Zarakolu. Die Inhaftierung dieser prominenten Intellektuellen habe den politischen Druck aus dem Ausland erhöht und damit für eine breite Resonanz und für Interesse an der Situation der Beschuldigten gesorgt. Der Effekt hat jedoch schnell nachgelassen: „Es wurde uns sozusagen der Wind aus den Segeln genommen", bedauert Evrim.



GIT Türkei protestiert gegen die Festnahme von Prof. Dr. Büşra Ersanlı.

Eine kritische Betrachtung aller Gesetze in der Türkei, die die freie Meinungsäußerung verletzen, sei überfällig. So steht es im *World Report 2012* der *Human Rights Watch* und auch im Jahresbericht von *Amnesty International* wird auf tausende Strafverfolgungen nach dem breit gefassten Antiterrorgesetz gegen SchriftstellerInnen, JournalistInnen und StudentInnen aufmerksam gemacht. Bis zur Eröffnung der Gerichtsverhandlung werden die Beschuldigten in Haft gehalten und das oftmals in Hochsicherheitsgefängnissen, die die persönlichen Rechte der Inhaftierten noch weitergehend beschränken. Ihren AnwältInnen werde die Einsicht in die Ermittlungsakten verweigert, sodass sie sich weder über die konkreten Tatvorwürfe noch über die vermeintlich vorliegenden Beweise informieren können. Eine angemessene Verteidigung sei somit nicht möglich.

Der türkische *Verein Zeitgenössischer JuristInnen* spricht außerdem von 500 StudentInnen, die vor Gericht gestellt worden sind. Yasemin und Evrim berichten im Gespräch von einigen Schicksalen: Cihan Kırmızıgül,



Prof. Dr. Büşra Ersanlı (zweite von links) bei der Podiumsdiskussion in Berlin.

Student der Ingenieurswissenschaften an der Galatasaray-Universität, verbrachte wegen eines vermeintlichen Molotow-Anschlages 25 Monate in isolierter Untersuchungshaft. Die Übersetzerin und Forscherin Ayşe Berktay wurde während einer Razzia gegen die *Union der Gemeinschaften Kurdistans* festgenommen und ist noch immer in Haft, wie auch die zwei Geschichtsstudierenden Şeyma Özcan und Deniz Küçükbumin, die unter dem Verdacht stehen, Mitglieder der illegalen marxistisch-leninistischen Organisation *Devrimci Karargah* („Revolutionäres Hauptquartier") zu sein. Mit dem Fall der französischen Erasmus-Studentin Sevil Sevimli setzten sich die Medien ausführlicher auseinander. Sie saß wegen eines Konzertbesuchs unter Terrorverdacht monatelang im Gefängnis. Dennoch werde in der Zivilgesellschaft über dieses Thema nicht genug diskutiert, meinen Yasemin und Evrim.

Daher veranstaltete GIT am 27. September 2012 eine Podiumsdiskussion mit dem Titel *Repression of Academic Liberty and Freedom of Research in Turkey*, an der neben Geschichtswissenschaftlern aus Zürich, München und Berlin auch die eingangs erwähnte Professorin Büşra Ersanlı teilnehmen konnte. Sie war erst nach Monaten wieder freigelassen worden. Das Gerichtsverfahren läuft jedoch weiter und die Gefahr einer Verurteilung zu 22 Jahren Haft bleibt nicht aus. Die Podiumsdiskussion hatte keine Resonanz, weder in der Presse noch in der Öffentlichkeit. Yasemin und Evrim wünschen sich, dass die Arbeitsgruppe in Deutschland aktiver wird. In der Türkei gehen ihre Gleichgesinnten auf die Straße, in den USA und Großbritannien sind die Zivilgesellschaften besser in die Aktivitäten miteinbezogen. Dort ist die Unterstützung zahlreich. In Deutschland beläuft sich die Mitgliederzahl momentan auf 30 Dozierende, Doktoranden und Evrim. Ihnen fehlen einflussreiche Stimmen aus dem Wissenschaftsbetrieb, wie z.B. die von Noam Chomsky, der in den USA vehement gegen die Verletzung der Bürgerfreiheiten in der Türkei plädiert.

Neben einem Blog und mehreren Arbeitstreffen hat Yasemin auch Lesegruppen an der Humboldt-Universität organisiert. Evrim drehte zuletzt ein Solidaritätsvideo für die festgenommenen Studierenden und plant nun, durch weitere Aktionen die Studierenden am OSI auf diese andauernden Missstände aufmerksam zu machen. „Wir versuchen einen kreativen Widerstand zu leisten", sagen die beiden und sie bleiben dabei: Nichts kann sie zum Schweigen bringen.

Über *blick*

Wer Lust hat, das Thema weiter zu verfolgen, findet unter diesen Links spannende Informationen:

Blog von GIT Deutschland:
www.gitgermany.wordpress.com/

Amnesty International World Report:

http://www.amnesty.org/en/region/turkey/report-2012#section-21-3

Human Rights Watch Annual Report 2012:

http://www.hrw.org/world-report-2012/world-report-2012-turkey

Die Lehrstätte des Friedens – eine Zivilklausel am Fachbereich?

Seit Anfang des Semesters wird am Fachbereich die Zivilklausel diskutiert, jetzt im Dezember ging der Entwurf in den Fachbereichsrat. Unsere Autorin hat die Debatte über diese Zeit begleitet, die wichtigsten Argumente herausgearbeitet und fasst die Entwicklung nun zusammen.

Von Franziska Dittrich

Mit der Frage nach ihrer Verantwortung beschäftigt sich die Wissenschaft seit ihren Anfängen. Prominentestes Beispiel: die Kernspaltung, die den Bau der Atombombe ermöglichte. Was also, wenn Forschung in die falschen Hände gerät und missbraucht wird?

„Es gibt keine besondere Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden, sondern nur die, die wir alle haben."

Die Antwort des *Arbeitskreises Zivilklausel* des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften ist eindeutig: Am OSI soll von vornherein keine Forschung mehr betrieben werden, die kriegsdienlich sein könnte. Der Arbeitskreis fordert eine Zivilklausel am Fachbereich, wie es sie seit einigen Jahren an anderen deutschen Universitäten gibt.

Als erste deutsche Hochschule führte die Universität Bremen schon 1986 eine Zivilklausel ein. In den letzten Jahren wurde der Ruf nach solch einer Regelung an vielen Universitäten lauter. So zogen unter anderem die Universitäten in Dortmund, Konstanz und Tübingen nach. An vielen weiteren Instituten gibt es Arbeitsgruppen zu dem Thema und entsprechende Forderungen. Im Sommer 2012 kam es zu einem großen Aufschrei, als an der Uni Bremen die Zivilklausel mehrmals verletzt wurde. Durch diesen Vorfall erhielt das Thema auch bundesweit verstärkte Medienpräsenz.

Was steht im Entwurf unserer Zivilklausel?

„Der Fachbereich ist dem Frieden verpflichtet." Mit diesem Satz beginnt die Zivilklausel und begründet das mit der im Grundgesetz verankerten Friedensverpflichtung des deutschen Staates. Zukünftig werden daher Aktivitäten mit militärischem Nutzen oder Hintergrund am Fachbereich abgelehnt. Darunter fallen Forschung, Forschungsmittel, Kooperationen, Personalentscheidungen, Lehre und die Weitergabe von Forschungsergebnissen an Institutionen mit militärischen Zwecken. Um Transparenz zu gewährleisten, soll ein kontrollierendes Gremium eingeführt werden. Es ist vorgesehen, dass dieses Gremium mit der Kompetenz ausgestattet wird, laufende Arbeiten zu kontrollieren und gegebenenfalls Projekte zu verhindern.

Im Moment hängt sich der Diskurs um die Zivilklausel jedoch an Prinzipienfragen auf. Zwar werden Forderungen nach Transparenz und der ethische Grundgedanke von allen geteilt, doch es gibt auch Kritik: Eine Zivilklausel schränke die freie Forschung und Lehre ein, sie sei zu kurzsichtig gedacht und verhindere auch friedensbringende Forschung, so Prof. Chojnacki. Sie erhebe in ihrer jetzigen Form einen Generalverdacht, da alles und jeder im Vornherein kontrolliert werden soll. Auch die derzeitige Form des Gremiums wird in Frage gestellt, da es zu viel Macht und Entscheidungsgewalt über Lehrveranstaltungen habe, mehr noch als der Fachbereichsrat selbst, meint Dekan Peters.

Sind Friedensmissionen kriegsdienlich oder nicht? Zu welchem Grad sind Wissenschaftler für das verantwortlich, was mit Forschung geschieht? Oder gilt, was Prof. Chojnacki sagt: „Es gibt keine besondere Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden, sondern nur die, die wir alle haben."

Derart elementare Fragen bleiben, ob mit oder ohne Zivilklausel.

„Die Militarisierung mit militanten Aktionen bekämpfen."

Auf einer Podiumsdiskussion soll über die richtige Zivilklausel gestritten werden. Alle Teilnehmer sind dafür - eine konstruktive Debatte? Nein. Denn zwei Teilnehmer schaffen es mit ihren kruden Thesen, die Debatte völlig von der Sache abzulenken - und dabei Sven Chojnacki als einen Kriegstreiber darzustellen.

Von Jonas Huggins und Johannes Lenschow

Schon gewusst? Du arbeitest fürs Militär. Du lernst für den nächsten Weltkrieg. Und das OSI forscht eigentlich für Nachrichtendienste.

Diese Erkenntnisse übereilten das Publikum einer Podiumsdiskussion, die der Arbeitskreis Zivilklausel veranstaltete. Dort wurde nämlich nicht etwa das Für und Wider einer solchen Klausel oder ihre spezifische Ausgestaltung diskutiert. Stattdessen ging es um Grundsätzliches: Zielen nicht alle Forschungsbereiche der Universität auf militärischen Nutzen? Darf man mit "dem Militär" überhaupt reden? Und ist Wissenschaft nicht an sich schon eine Bemächtigungsform der Elite, eine Vorbereitung auf den "sozialen Krieg"?

Verantwortlich dafür waren zwei Teilnehmer. Zum Einen Peer Heinelt, ein "freier Wissenschaftsberater" und Ex-OSIaner. Er referierte über die Verstrickung von Wissenschaft und Militär, ein Phänomen, das er "zivilmilitärischen Zusammenarbeitskomplex" nannte. Nicht nur da, wo Rüstungskonzerne Professuren stifteten: Es gebe kaum eine Universität in Deutschland, die nicht Kriegsforschung betreibe. Sie verstecke sich lediglich hinter Wörtern wie "ziviler Sicherheitsforschung". Die Wissenschaft ist umfassend militarisiert, davon ist Heinelt überzeugt. Er meinte auch zu wissen, dass in Deutschland an ABC-Waffen geforscht wird.

Der zweite Diskutant schlug einen noch größeren Bogen: Detlef Hartmann, seines Zeichens "begeisterter Anwalt". Er wollte zwar die Zivilklausel nicht rechtlich einordnen, wohl aber die Geschichte des 20. Jahrhunderts zusammenfassen.

Es fing einleuchtend an: Im ersten Weltkrieg habe die Wissenschaft für den Krieg gearbeitet. Hartmann fand zahlreiche Beispiele, von Giftgas bis zum Maschinengewehr. Technologien, die den Krieg zweifellos brutaler und länger gemacht haben. Auch in der NS-Diktatur mangele es nicht an starken Beispielen für eine auf Krieg ausgerichtete Wissenschaft. Doch Jedoch ist die These sehr fragwürdig, dass die Wissenschaft diese auch Kriege initiiert hätte. Ebenso falsch: Aufgrund dieser Vergangenheit darauf zu schließen, die heutige Wissenschaft sei genauso. Doch das behauptet Hartmann: Wissenschaft sei grundsätzlich kriegerisch, eine Bemächtigungsform der Elite. Diese "beforsche" anstatt zu befragen und mache Betroffene damit zu



untergeordneten Forschungsobjekten.

Wissen ist Macht: Das ist ein Totschlagargument. Es ist trivial, dass man durch Forschung Wissen erlangt, das andere nicht haben. Die Unterstellung, dass dieses Wissen grundsätzlich missbraucht wird, setzt dagegen ein extrem negatives Menschenbild voraus. Diejenigen, die hierbei Hartmann begeistert Applaus geklatscht haben, sollten den Gedanken zu Ende denken und sich konsequenterweise exmatrikulieren.

Sven Chojnacki, Professor für Friedens- und Konfliktforschung am OSI, stand plötzlich da wie ein Kriegstreiber. Einer jener, die den "sozialen Krieg" vorbereiteten. Es ist bittere Ironie: Chojnacki, der sich klar für eine Zivilklausel ausgesprochen hatte, stand nun wie ein Gegner da. Dabei hatte er als einziger überzeugend und vernünftig über das eigentliche Thema diskutiert, hatte den Zivilklauselentwurf konstruktiv kritisiert: Denn Forschung über den Krieg sei nicht gleich Forschung für den Krieg. Und wer entscheide eigentlich, was zulässig sei und was nicht?

Hartmann und Heinelt wollten sich zu solchen praktischen Fragen nicht herablassen. Stattdessen sponnen sie ihre Verschwö-rungstheorie einer völlig militarisierten Wissenschaft, die ganz im Dienste „paramilitärischer Gruppen wie Think Tanks" stehe, der Dritte Weltkrieg stehe bevor, warnt Harmann, das sehe man doch in der Eurokrise. Die Gefahr ist also groß. Wir sollten aufhören zu forschen. Stattdessen mit den Menschen reden. Aber nicht mit der Bundeswehr! Mit denen sei ein Diskurs unmöglich. Was soll man also tun? Man brauche „Wissen von unten", sagte Hartmann, man müsse die Militarisierung überall bekämpfen, und zwar mit „militanten Aktionen"

Da tut es einem Leid für den AK Zivilklausel: Denn die Frage nach ethisch vertretbarer Forschung ist in Zeiten so starker Drittmittelabhängigkeit wichtiger denn je. Eine klug ausgestaltete Zivilklausel ist ethisch geboten – doch verquere Theorien tun der Sache keinen Gefallen.

Fast wäre ich einer von Euch geworden

Jedes Jahr das gleiche Spiel: An der FU wird gewählt, am OSI wird gewählt – und die Wahlbeteiligung bei den Studierenden liegt konsequent niedrig um die 10 Prozent. Sich darüber aufzuregen ist eigentlich längst langweilig geworden. Benedikt Becker versucht es deshalb mit Verständigung. Ein Brief:

Liebe Nichtwählerinnen und Nichtwähler,

ich hab' Euch vermisst. Mal wieder. Im Januar waren Wahlen zum Studierendenparlament, Akademischen Senat, Fachbereichs- und Institutsrat. Und Ihr habt den Gang an die Urne geschwänzt wie ein freitägliches Methodenseminar. Warum?

Ich sehe ja ein, dass für die Mehrheit der rund 30.000 FU-Studierenden Wahlen an der Universität noch unwichtiger sind als Europawahlen. Aber Ihr als OSIaner, Studierende der Politikwissenschaft – kein Interesse an ein bisschen demokratischer Praxis? Okay, Demokratie ist mehr als Wählen. Vielleicht schwebt Euch eine ganz andere Idee von politischer Teilhabe vor. Aber selbst dann müsstet Ihr Euch doch an Rudi Dutschke erinnern, den FU-Studenten aus den Geschichtsbüchern: *Marsch durch die Institutionen* – da war doch was.

Außerdem geht das echt fix mit dem *Stimme abgeben*, tut nicht weh und die überflüssigen Fachschaftsräte sind ja schon abgeschafft. Eine schwierige Wahlentscheidung weniger also. Zugegeben, viel Auswahl gibt es da nicht auf den Stimmzetteln zur Instituts- und Fachbereichsratswahl. Fachschaftsinitiativen, Jusos, SDS – wer nicht links wählen will, muss am OSI wohl improvisieren. Aber dann schreibt doch wenigstens „Ich mag den SFB 700" auf den Umschlag. Das sollte Protest genug sein. Und

der Wahlvorstand hat ein bisschen mehr Spaß beim Auszählen.

Große Vielfalt gibt's doch dafür bei der StuPa-Wahl. Da ist nun wirklich für jeden was dabei. Altbekannte, längst vergessene und immer wieder neue Listen treten im Kampf um Plätze in einem Parlament an, in dem die Machtverteilung schon vorher klar ist – weil Ihr alle nicht wählen geht. Das zumindest ist eine typische Kritik an Eurem nicht vorhandenen Wahlverhalten. Aber ich will hier keine Standardkritik schreiben, ich will Euch verstehen. Denn bei dieser Wahl wäre ich fast einer von Euch geworden: ein Nichtwähler.

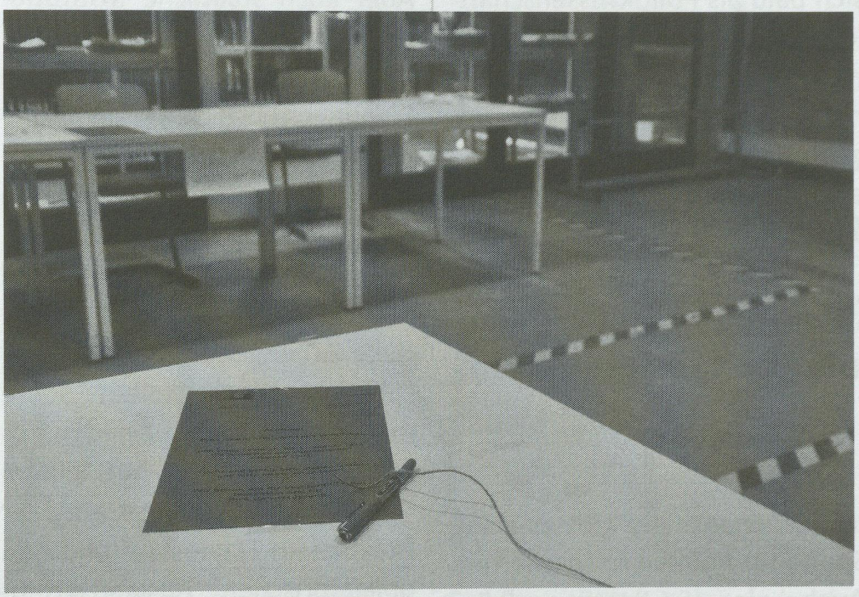
Es fing damit an, dass ich den Wahlkampf vermisste. Es war einfach nicht viel los. *Canvassing*, die Stimmenwerbung auf der Straße, schien mir an der FU kaum noch existent. Dabei hatte ich so auf den *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* gesetzt. Nicht inhaltlich, aber dass sie ein bisschen Farbe in die Hochschulpolitik bringen, hatte ich schon gehofft. Schließlich war das angebliche Wiedererstarken der CDU-nahen Gruppierung groß in der *Furios* angekündigt worden. Sogar ihre Internetseite hatten die Nachwuchs-Konservativen aktualisiert. Ein Fünf-Punkte-Programm sollte es richten, und für die StuPa-Wahl alle vernünftigen JuristInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen auf Kurs bringen. Ich vermute, es ist so: Einen Zehn-Punkte-Plan darf man bei der Union erst schreiben, wenn man im Kanzleramt sitzt.

Und so wurde ich enttäuscht. Statt neuer Themen wieder nur die Beschwerde: Ihr unfairen linksradikalen parlamentarischen Mitbewerber reißt unsere schönen RCDS-Plakate ab. Gut, ein paar Flyer haben sie verteilt. An der U-Bahn. Ans OSI trauen sie sich wohl nicht - so wie die LHG. Denen war früher kein Thema zu heikel. Da veröffentlichte man gerne mal vertraulichen Briefverkehr der politischen Gegner. Heute scheint es fast traurig, wie still es um die Liberalen geworden ist, und das, obwohl ihr *schreibendes Maschinengewehr* Armin Peter zurück sein soll.

Auch von der FSI OSI hatte ich mehr erwartet. *Kekse statt Konkurrenz* stand auf ihren Plakaten, nur verteilt haben sie keine. Zuvor hatte ich bereits die Bratwürste von der *Liste gegen die Veggiemensa* verpasst – wie ärgerlich.

Zum Glück waren da noch die Jusos. Präsent am OSI, mit leckerer Schokolade. Auch der Slogan schien pfiffig: *Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Risse noch Börzel auf.* Gut, über Grammatik reden wir besser nicht, aber immerhin waren sie da. Und ich bin dann doch noch wählen gegangen.

Trotzdem: Liebe Nichtwählerinnen und Nichtwähler unter den OSIanern, Ihr merkt, eigentlich kann ich Euch gut verstehen. Es gab keinen richtigen Wahlkampf, am Fachbereich keine große Auswahl und noch nicht einmal Kekse von der FSI. Viele gute Gründe also, den ganzen Quatsch zu ignorieren? Nein, im Gegenteil: Versucht das doch einfach mal mit dem Wählen. Es kann nur besser werden.



Lag es an den fehlenden Keksen, dass es in den Wahllokalen kein Gedränge gab?

Über *blick*

Wahlbeteiligung unter den Studierenden 2013:

- StuPa: 10,3%
- Akademischer Senat: 6,9%
- Fachbereichsrat Politik- und Sozialwissenschaften: 9,2%
- Institutsrat des OSI: 10,7%

Im Abgang süß-sauer

Ein sozialwissenschaftliches Studium hat noch nie durch klare Berufsaussichten geglänzt. Unsere Autorinnen haben Alumni getroffen und sich ihre Geschichten erzählen lassen.

Von Luise Eisenhardt und Marie Schröter

Paula blättert durch die Stellenanzeigen der *Zeit*. Sie steht kurz vor ihrem Master-Abschluss. Der Termin für ihre Verteidigung steht schon fest. Sollte alles nach Plan verlaufen, darf sie sich bald als Politikwissenschaftlerin M.A. bezeichnen. Am renommierten Otto-Suhr-Institut hat sie ihrem Studium den Tiefgang verliehen, der zu einem erfolgreichen Berufseinstieg verhelfen soll.

Ein gutes Studium reicht heute für den Traumberuf nicht aus.

Im Stellenanzeiger gibt es keine Spalte für Politikwissenschaftler. Auch keine für Politik und Gesellschaft. Paula kennt das Spiel. Sie hat viele Praktika und einige Jahre Berufserfahrung im journalistischen Bereich vorzuweisen. Schnell wandern ihre Augen zur Sparte Medien und Kommunikation, danach zu Verwaltung und Management. Wie so viele auch wünscht Paula sich eine unbefristete Stelle. Sie möchte ihr Geschick im geschriebenen Wort und ihre Leidenschaft für Politik ausleben und zusätzlich berufliche Sicherheit genießen.

Der Studien- und Berufsführer der Agentur für Arbeit versprach vor Studienbeginn genau so viele Berufsaussichten wie die Online-Beschreibung der Freien Universität: von klassischer Partei-Politik bis zu Politikberatung. Aber auch staatliche Institutionen wie das Auswärtige Amt, Ministerien oder kommunale Planungsstellen sind zukünftige Einsatzfelder von Politikwissenschaftlern. Hinzu kommen Nichtregierungsorganisationen, politische Bildungsarbeit und das Verlagswesen. Alles potentielle Arbeitgeber. Bei der Vielzahl an Möglichkeiten sollte man meinen, dass für jeden Politikwissenschaftler mit einem vernünftigen Abschluss, ein paar Praktika im Lebenslauf und den obligatorischen Auslandserfahrungen die Berufssuche ein Kinderspiel ist.

Doch um jede Stellenausschreibung konkurriert Paula auch mit Juristen, Philosophen und Abgängern von Journalisten-Schulen - oder kompletten Quereinsteigern.

Ein gutes Studium reicht heute nicht mehr aus, wenn man im eigenen Traumberuf arbeiten möchte: Erfahrung, Netzwerke und Soft-Skills heißen die Zauberwörter. Nicht alle kommen mit diesen Anforderungen zurecht. Es erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und nicht selten leidet das Privatleben.

Jeder vierte Absolvent steigt durch ein Praktikum ins Berufsleben ein.

„Ohne Connections geht gar nichts", sagt Nicole. Sie ist Diplom-Politologin und heute 31 Jahre alt. Ihren Abschluss hat sie in Hamburg gemacht - einem Drehkreuz für internationale Unternehmen. Eine enge Verzahnung von Politik und Wirtschaft ist dort Alltag. Nicole hingegen war vor allem bei umweltpolitischen Projekten aktiv. Nachdem ein beruflicher Einstieg über eines zahlreichen Projekte nicht geklappt hat, verdient sie ihre Brötchen heute als Sprachdozentin. Sie unterrichtet Deutsch als Fremdsprache an mehreren Sprachschulen in Berlin. „Politikwissenschaft ist ein Hobby", sagt Nicole. „Du hüpfst von einem Nebenjob in den nächsten und kommst nie richtig irgendwo an."

Über das Leid der Generation Praktikum wurde schon viel geschrieben und diskutiert. Geändert hat sich nichts. Die Namen von bekannten Unternehmen und Institutionen im Lebenslauf sind weiterhin wichtige Referenzen für die berufliche Zukunft. Nicht selten werden kleine Stellen durch Praktikanten ersetzt. Wer ein Praktikum über mehrere Monate absolviert, ist am Ende nur eine billige Arbeitskraft, die jedoch ihre Arbeit hochmotiviert erfüllt - für ein möglichst gutes Zeugnis.

Mittlerweile haben auch die Parteien das Thema für sich entdeckt. Sowohl die Union als auch die SPD, die Linke und die

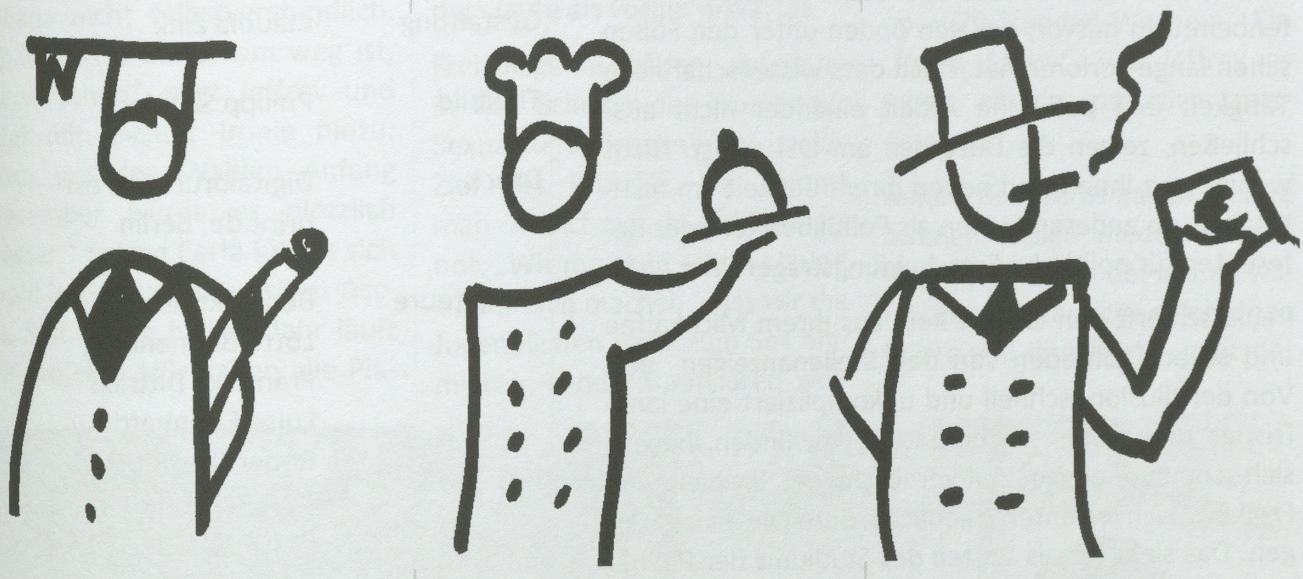
Grünen haben Positionspapiere verabschiedet, in denen sie sich klar gegen die Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten stellen. Damit treffen sie den Nerv der Zeit. Doch so lange sich die Strukturen nicht ändern, ist fraglich, wie viel durch die Politik gesteuert werden kann.

Welche Bedeutung Praktika heute haben, zeigt eine Studie des *Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES)* aus dem Jahr 2008. Jeder vierte Hochschulabsolvent steigt durch ein Praktikum oder eine praktikumsähnliche Beschäftigung ins Berufsleben ein.

"Früher haben wir Marx gelesen, ich bin einfach selbst in die Arbeiterklasse gegangen."

Fabian hat diese stressigen Zeiten hinter sich. Auch er ist OSI-Absolvent. Heute arbeitet er als Referent für Wirtschaft und Technologie bei der SPD-Bundestagsfraktion. „Zu Beginn meines Studiums in Marburg hatte ich noch kein konkretes Berufsziel vor Augen", sagt Fabian. „Bei meinem Wechsel zum Hauptstudium ans OSI war der Wunsch nach einem Beruf in der Politik definitiv schon vorhanden."

Nach einigen Jahren Berufserfahrung, die ihn über Stationen beim Bundesverkehrsministerium auch in viele Büros von Abgeordneten geführt haben, empfiehlt er Berufseinsteigern, vor allem Zeit, Offenheit und eine eigene Meinung mitzubringen. Viele Einstiegsjobs im politischen Bereich forderten mehr als die täglichen acht Stunden



ein. Hat ihn das Studium auf seine Tätigkeit vorbereitet? „Einer meiner Professoren hat mal gesagt, dass man beim Politik-Studium lernt, ´zu lesen, zu schreiben und – analytisch – zu denken.´ Da ist was dran." Als Politologe habe man tatsächlich eine andere Herangehensweise an die Dinge.

Herausforderung Berufseinstieg ist kein Phänomen der Generation Praktikum: Bernd geht in diesem Jahr in Rente. In Göttingen hat er einst Sozialwissenschaften studiert. Er erzählt, dass er nach jahrelangem „Durchwurschteln" mit ABM-Stellen keine Lust mehr hatte und etwas „Ordentliches" gelernt hat. Sein Diplom habe nicht ausgereicht, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Heute blickt er sehr gelassen auf die letzten 20 Jahre zurück, die er als Gas-Wasser-Heizungs-Installateur gearbeitet hat: „Früher haben wir Marx gelesen und wollten die Arbeiterklasse retten", resümiert Bernd. „Ich hab' das wohl am konsequentesten durchgezogen, indem ich einfach selbst in die Arbeiterklasse gegangen bin."

Ein Blick in die Arbeitslosenstatistik für das Jahr 2010 verrät: 18 % der Sozialwissenschaftler sind arbeitslos. Im Vergleich dazu haben Geisteswissenschaftler mit 22,5 % die höchste Arbeitslosenquote. Kaum Arbeitslosigkeit zu beklagen haben Mathematiker und Physiker mit 6,3 %.

Die Zahlen zeigen, was viele Berufseinsteiger beklagen: Auch nach einem Abschluss an der Universität gibt es kaum Sicherheit. Mittlerweile gibt es Gegenwind. Fair Company ist ein Beispiel dafür. Die Initiative von karriere.de bietet einen Stellen-

anzeiger für zertifizierte Unternehmen an. Damit ein Unternehmen im Portal aufgenommen wird, muss es Kriterien erfüllen, die eine Ausbeutung von Berufseinsteigern ausschließen. Die Seite, die das junge Klientel von Handelsblatt und Handelswoche bedient, stützt sich aber allein auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen und ein anonymes Feedbacksystem der User. Es wundert nicht, dass sich vornehmlich große Konzerne in der Datenbank präsentieren.

Viele Absolventen bleiben auch nicht zuletzt deswegen an der Universität. Eine wissenschaftliche Karriere verspricht eine solide Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten, nachdem die schlecht bezahlten Anfangsjahre überstanden sind. Doch bei einem späteren Wechsel in andere Berufszweige kann das auch zum Stolperstein werden. Berufserfahrung bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben der Universität ruft noch immer allzu oft das Bild des Professoren im Elfenbeinturm hervor, der den Boden unter den Füßen schon lange verloren hat. Doch dass wissenschaftliche Tätigkeit und politische Arbeit einander nicht ausschließen, zeigen die Dozenten am OSI selbst. Nicht wenige von ihnen sind neben ihrer Tätigkeit am Institut auch an anderen Stellen als Politikberater oder Referenten für politische Entscheidungsträger tätig.

Paula schlürft den letzten Rest aus ihrem Michkaffee und schaut zufrieden von den Stellenanzeigen auf. Von der Illusion, schnell und unkompliziert eine langfristige und sichere Arbeitsstelle zu finden, hat sie sich schon vor einiger Zeit verabschiedet. Ihr bleibt die Freiheit, sich in unterschiedliche Bereiche einzubringen. Das sieht sie als Vorteil des Studiums der Politikwissenschaft.

Viele Kommilitonen hat sie während ihrer Zeit an der Uni an das Lehramtsstudium verloren. Einerseits kann sie das Bedürfnis nach Sicherheit und Familienfreundlichkeit im Beruf nachvollziehen. Andererseits ist Paula dankbar dafür, dass sie ihre Zukunft nach ihren Interessen ausrichten konnte und nicht gezwungen war, ihr Studium nur nach Verdienst und Karrierechancen zu planen. Für die Selbstverwirklichung nimmt sie jetzt auch die Herausforderungen in Kauf.

Was sie nach der Verteidigung ihrer Masterarbeit machen will? Paula lacht und ein schelmisches Grinsen macht sich breit: Urlaub auf den Philippinen, zur Entspannung von Geist und Seele, bevor sie sich den neuen Aufgaben widmet.

Impressum

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Verlag	Carsten Spandau Verlag Manteuffelstraße 17 12203 Berlin carsten.spandau@web.de
V.i.S.d.P.	Carsten Spandau
Herausgeber	Carsten Spandau
Gestaltung	Claudia Zink
Titelbild	Philipp Schäfer
Druck	Digitaldruckerei esf-print.de, Berlin
Redakteure	Benedikt Becker Lotte Blumenberg Franziska Dittrich Luise Eisenhardt Robert Hawemann Ann-Kathrin Hipp Petya Hristova Jonas Huggins Johannes Lenschow Katja Plambeck Alina Rapoport Marie Schröter Carsten Spandau Claudia Zink
Gastbeitrag:	Paul Kühn
Anzeigen:	Carsten Spandau carsten.spandau@web.de

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der gesamten Redaktion wider.

Das gemeinsame Projekt

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die OSI-Studierenden Jeffrey Klein und Carla Hustedt, die ihre eigene NGO Boa Nnipa mitgegründet haben. Seit August bauen sie in Ghana ein Projekt zur Sexualaufklärung auf – mit Erfolg. In Berlin wächst derweil der Kreis der UnterstützerInnen.

Von Benedikt Becker und Ann-Kathrin Hipp

Der Stromausfall bleibt aus. Die schwache Skype-Verbindung hält. Zum Glück, denn das ist in Ghana nicht selbstverständlich. „Dass öfters der Strom weg ist, nervt schon", sagt Jeffrey und fügt mit leichter Ironie hinzu: „Nur vor den Wahlen Anfang Dezember wurde es plötzlich besser." Er und Carla fühlen sich wohl in Ghanas Hauptstadt Accra. Seit einem halben Jahr läuft ihr Projekt. „Wir haben alle Pläne in die Tat umsetzen können", sagt Jeffrey. Auch wenn es natürlich immer ein bisschen anders laufe als vorher erwartet.

Freiwillige ausbilden, die dann in den Schulen der Hauptstadt Sexualkunde lehren – das ist das Ziel des Projekts. Da kommt man manchmal in Erklärungsnot. „Wir mussten schon ab und zu deutlich machen, dass wir die Jugendlichen nicht zum Sex animieren, sondern aufklären wollen", berichtet Jeffrey. Vier Lehrer haben sie in ihrem ersten Seminar ausgebildet: zwei Elektriker, eine Managerin und einen Ex-Lehrer.

„Das soziale Engagement soll bei jedem einzelnen im Vordergrund stehen", sagt Carla. Doch manchmal reicht das nicht. Nach kurzer Zeit sind von ihren vier Freiwilligen nur noch zwei übrig. „Wir mussten uns den ökonomischen Realitäten stellen", sagt Jeffrey. Aus den Freiwilligen werden Angestellte. Statt eines Taschengeldes zahlt Boa Nnipa nun ein kleines Gehalt: monatlich 125 Euro für eine 20-Stunden-Woche. Ein „fettes Salary", wie Jeffrey es nennt, sei das natürlich trotzdem nicht.

Anfang des Jahres haben sie ihre offenen Stellen wieder besetzt. In die Ausbildung der Neuen waren ihre mittlerweile erfahrenen Kräfte voll integriert – ganz der



© Boa Nnipa e.V.

In Seminaren werden die neuen Lehrer von Boa Nnipa in Sexualaufklärung ausgebildet.

Philosophie von Boa Nnipa folgend, die Jeffrey gerne so formuliert: „Wir wollen Menschen unterstützen, die viel Potential haben, aber nicht die Möglichkeiten."

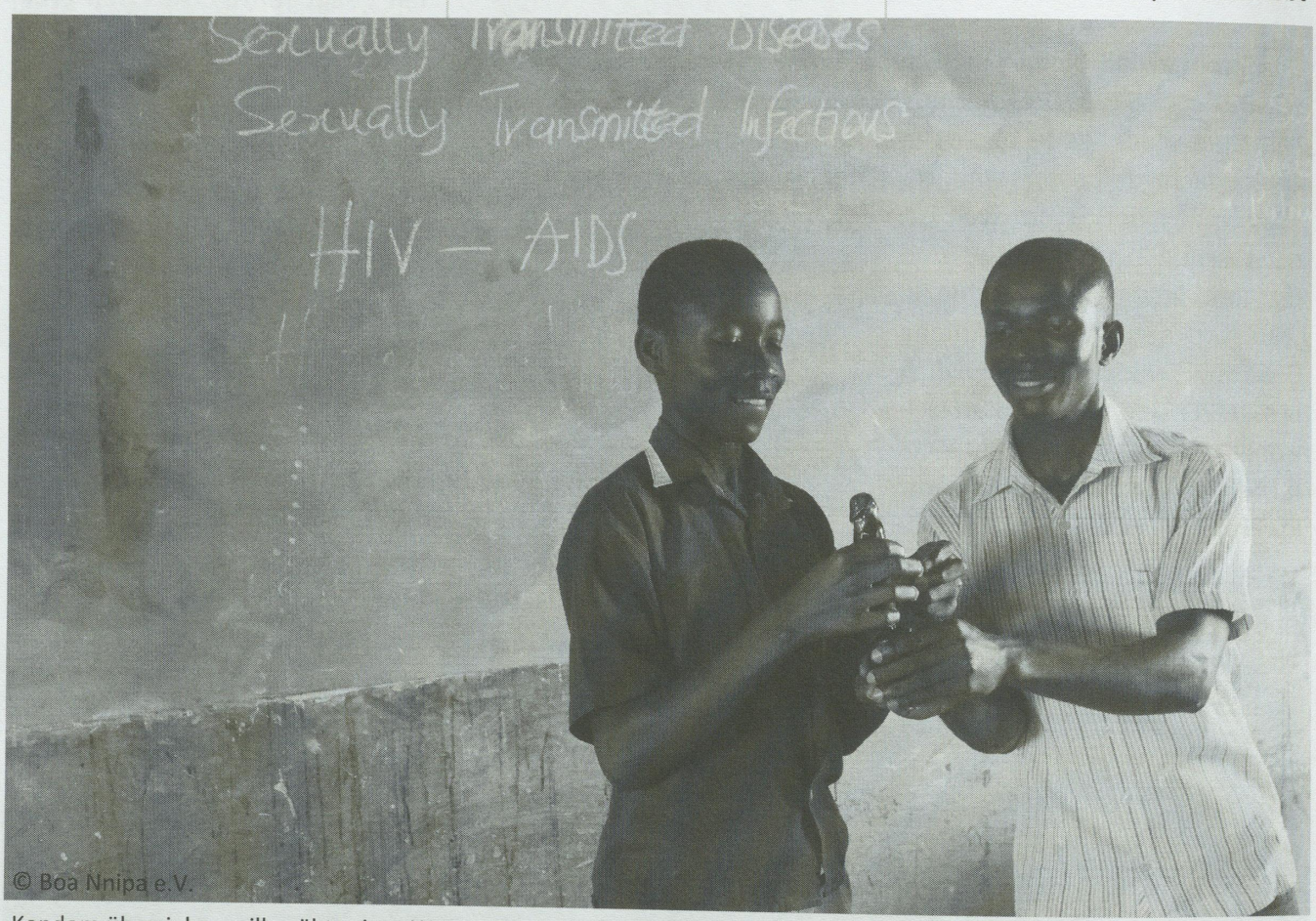
Auch wenn Jeffrey und Carla nicht selbst unterrichten, sind sie regelmäßig mit ihren ghanaischen Kollegen unterwegs. Dass sie mal Probleme mit einer Schule haben, ist eher selten. „Die Lehrer dort nehmen uns meist sehr positiv auf", sagt Carla. Im Unterricht selbst ist das Team Boa Nnipa mit den Schülern allein. „Wir wollen keine Lehrer-Schüler-Atmosphäre." Meist seien die Jugendlichen konzentriert und interessiert, berichtet Carla. Jeffrey ergänzt: „Nur wenn wir unseren großen Holzpimmel rausholen, geht das Riesengeschrei los."

Die Standardthemen des Sexualkundeunterrichts sind Anatomie, Pubertät, Menstruation und Schwangerschaft. Auch AIDS-Aufklärung gehört dazu. „Obwohl viele hier bei HIV relativ gut informiert sind." Auf Mythen stießen sie trotzdem manchmal, erzählt Carla: „Wenn man zu viel Süßes isst, wird man impotent", sei so ein Irrglaube. Und: „Frauen können auch zwei Jahre schwanger sein."

Insgesamt 2343 Kinder an 17 Schulen hat Boa Nnipa bisher in Sexualkunde unterrichtet. Eine Leistung, die nur mit viel Einsatz zu schaffen ist – und Unterstützung aus der Heimat. Für Carla und Jeffrey ist klar: „All das wäre nicht möglich ohne unser Team in Deutschland."

Antonia Billermark gehört zu diesem *Team Berlin*. Nachdem sie ein Jahr in Malawi Freiwilligendienst geleistet hat, kam sie 2011 für ihr Studium ans OSI und wurde zufällig auf Boa Nnipa aufmerksam. Das Konzept hat sie von Anfang an überzeugt: „Mit der Bevölkerung Ghanas auf einer Ebene zu arbeiten."

Von Beginn an hat sie den Aufbau von Boa Nnipa miterlebt und mitgestaltet. Gemeinsam mit zwei anderen Freiweilligen bildet sie den deutschen Stützpunkt der Organisation, das „back-up", wie sie selbst sagt. Antonia ist für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising zuständig. Immer wieder werden neue Leute gesucht, die sich aktiv engagieren. Was für Voraussetzun-



© Boa Nnipa e.V.

Kondom überziehen will geübt sein: „ Wenn wir unseren Holzpimmel auspacken, geht das Geschreie los."



© Boa Nnipa e.V.

Aufklärung auf Augenhöhe: „Wir wollen kein Schüler-Lehrerverhältnis."

gen man dafür braucht? „Wer Motivation und Lust hat, kann gerne zu uns kommen", erklärt Antonia. Aber: „Wir sind eine Organisation, die stetig wächst, und damit wächst auch die Verantwortung." In großer Runde treffen sie sich einmal im Monat. Auch zwischendurch darf stetiger Informationsfluss nicht fehlen.

Seit 2012 ist Boa Nnipa zudem Teil eines Programms des *Start-social e.V.*, einem Beratungsstipendium unter der Schirmherrschaft von Angela Merkel. Dabei werden den Machern von Boa Nnipafür ei n halbes Jahr Coaches zur Seite gestellt, die sie unterstützen. „Mit ihnen haben wir einen Meilensteinplan erarbeitet. Ein Ziel war zum Beispiel, dass wir für unsere Lehrer in Ghana Paten finden", sagt Antonia. Einige „Bonni-paten" gibt es schon, weitere werden noch gesucht.

Boa Nnipa hat mittlerweile einen festen Kreis an Dauerspendern, ist aber trotzdem auf weitere Spenden angewiesen. Deshalb organisiert das Team stets neue Aktionen in Berlin. Hierbei gilt das Motto: „Nicht nur nehmen, sondern auch geben". So wurde Ende letzten Jahres ein Weihnachtsmarkt veranstaltet, auf welchem unter anderem handgemachte Gegenstände aus Ghana verkauft wurden.

Was die Spenden angeht, wird klar getrennt: Solange Spenden nicht explizit als Organisationsgeld ausgewiesen sind, besteht die Garantie, dass sie zu 100 % an das Projekt vor Ort fließen. „Wir kriegen aber oft auch Spenden explizit für die Organisation. Dann können wir guten Gewissens das Geld für Flyer, Stempel etc. ausgeben", erklärt Antonia.

Für Nina und Antonia steht im Februar nun erstmals eine Reise nach Ghana an. Vor Ort wollen sie erkunden und sehen, in was sie alles ihre Arbeit investieren. Gemeinsam mit Jeffrey, Carla und Ragna, die ebenfalls von Beginn an vor Ort waren, werden sie im März zurückkehren. In Accra unterstützt dann ein Freiwilliger aus Deutschland den ghanaischen Direktor Sammy bei der Organisation. Nach und nach soll das Projekt ganz in die Hände der Engagierten dort übergeben werden.

Für Jeffrey und die anderen ist das Ziel klar: „Wir wollen uns in Zukunft hauptsächlich für die Finanzierung einsetzen."

Weitere Informationen über das Projekt und die NGO unter www.boannipa.com und bei Facebook.

War früher wirklich alles besser?

Es ist klar, zur Zeit hat es das OSI ziemlich schwer. In den Medien kommt es nicht gut weg und das Geld fließt auch nicht so wie man vielleicht wollte. Ist denn alles wirklich so schlecht?

Von Alina Rapoport

"Wir waren mal wirklich Universitätshochburg", erinnert sich Prof. Dr. Ulrike C. Wasmuht an die Zeit Mitte der 90er Jahre zurück, als sie am Otto-Suhr-Institut habilitierte. Doch nur selten wird das OSI heute noch in einem Atemzug mit exzellenter Bildung erwähnt. Stattdessen mehren sich die Negativschlagzeilen: "Ohne Umsonst-Dozenten droht der Kollaps" (*Berliner Zeitung*), "Politologen sparen sich die Theorie" (*taz*). Erst neulich bezeichnete der *Tagesspiegel* das OSI als „verschnarchte Schwatzbude". Wie kommt es, dass ein so renommiertes Institut immer mehr an Ansehen einzubüßen scheint?

Mitte der 70er Jahre wirkt es, als sei alles in bester Ordnung: Das OSI, damals noch als Fachbereich für politische Wissenschaft bekannt, gilt mit beinahe 50 Professuren als die größte Einrichtung für politische Bildung und Forschung in Europa. Mit der Etablierung der



Policy-Forschung einige Jahre zuvor gelingt es der wissenschaftlichen Fakultät, den schon geraume Zeit geforderten Praxisbezug herzustellen, der auf wirkliche gesellschaftliche Probleme ausgerichtet ist. Aber wie Goethe schon treffend sagte: "Jede Lösung eines Problems ist ein neues Problem". Denn die Einführung der Policy-Forschung droht die am OSI so traditionsreiche Integrationswissenschaft zunehmend zu verdrängen. Dabei wurde dieses maßgebende Konzept der Politikwissenschaft als eine Zusammensetzung aus Soziologie, Ökonomie und Jura gerade am Vorläufer des OSI, der deutschen Hochschule für Politik, von dem hier lehrenden Ernst Fraenkel begründet.

So folgten die ersten noch vergleichsweise geringfügigen personellen Kürzungen zu Beginn der 80er Jahre. "Es war klar, dass diese große Zahl an Professuren längerfristig nicht aufrechterhalten werden konnte, weil eine der wichtigsten Aufgaben der Politikwissenschaft, Umerziehung nach 45, zum damaligen Zeitpunkt schon erfüllt war", erklärt Klaus Roth, Professor für Ideengeschichte, der in jenen Tagen Politikwissenschaft als Nebenfach am Otto-Suhr-Institut studierte. Erst mit der Wiedervereinigung setzten aber die wirklich gravierenden Sparmaßnahmen ein. Das Land Berlin sah sich nach 1989 mit schwerwiegenden finanziellen Problemen konfrontiert. Deshalb wurde gespart, gespart, gespart. In der Zeit von 1993 bis

2001 verlor das OSI beinahe die Hälfte seiner Professoren. Dabei blieb es aber nicht. Der Senat führte weitere Kürzungen durch, bis nur noch elf Lehrstellen übrig geblieben waren. "Es weicht alles dem Primat der Kostenstelle", beklagt Professor Wasmuht die Reduzierungen der letzten Jahre. Auch die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge hat für sie mit einer Sparpolitik zu tun, die möglichst schnell den Berufseinstieg vorbereiten soll. Wissenschaft wird nicht mehr um der Wissenschaft Willen betrieben, wie die an der TU-Lehrende Dozentin es sich wünscht, sondern alles laufe nur der Zielgerade entgegen.

Auch Professor Roth kritisiert die Abschaffung des Diplomstudiengangs Politikwissenschaft. Er erinnert sich an seine Zeit am OSI zurück, als die Zeit unbegrenzt zu sein schien und beinahe uneingeschränkte Freiheiten möglich waren, zumindest, was die Wahl der Kurse anging: "Ich habe in der Regel drei Seminare pro Semester besucht und ein bis zwei Vorlesungen gehört. In meiner freien Zeit habe ich dann nicht nur die Texte gelesen, die für eine Veranstaltung vorgesehen waren, sondern auch das Umfeld. Wir haben immer eine Literaturliste bekommen und uns dann auch in die Lektüre vertieft".

Etwas bedauernd bemerkt Roth, dass mit den 25 Wochenstunden, die die Studenten heutzutage zu bewältigen hätten, ein solch intensives Lesen nicht mehr möglich sei.



Doch die Reformen der letzen Jahre werden nicht von allen OSI-Absolventen für schlecht befunden. Professor Bernd Ladwig, ebenfalls ehemaliger Student am Otto-Suhr-Institut, hält die konsequentere Organisation des Studiengangs für eine lohnende Änderung: "Wir haben heute ein Mischungsverhältnis zwischen strukturierenden Vorgaben auf der einen Seite und Wahlfreiheit auf der anderen, das ich alles in allem für besser erachte, als die Liberalität verkleideter Unverbindlichkeiten, die ich kennengelernt habe. Es erschien uns damals wahnsinnig frei, aber hinter dieser Freiheit steckte oft ein hohes Maß an Alleingelassenheit und ein geringes Maß an Verbindlichkeit, was Kerninhalte angeht."

Auch ihm sind die zahlreichen Kürzungen der letzten Jahre nicht entgangen, doch Professor Ladwig glaubt, dass das Otto-Suhr-Institut nach wie vor gute Lehre zu bieten hat und dass die Studierenden immer noch die Möglichkeit haben, das Fach in einer bemerkenswerten Breite kennenzulernen.

Diese Fülle wird auch in Zukunft zu einem großen Teil vom Engagement der Studierenden und Lehrenden abhängen. Nur durch ihre Interessenbekundung und ihren Einsatz kann das OSI die Individualität beibehalten, die es in seinen Anfängen so einzigartig gemacht hat. Vielleicht steht das Otto-Suhr-Institut dann auch mal nicht als untergehende Anstalt, sondern als eine Bereicherung der FU im Mittelpunkt der Medien.

Ringvorlesungs-Praktikum* Sommersemester 2013 Thema: Nazis, Neonazis und die Medien

OSI CLUB
Verein der Freundinnen und Freunde des Otto-Suhr-Instituts e.V.

ab ca. Mitte März

Der OSI-Club ist der Alumni- und Förderverein am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Er hat etwa 800 Mitglieder. Förderschwerpunkte sind Lehrveranstaltungen in den Bereichen Afrika sowie Politik und Kommunikation. Der OSI-Club organisiert auch den Berufspraxistag, die Praktikabörse auf der Webseite www.osi-club.de, Besuche am Arbeitsplatz, Parlamentarische Abende und mehr. Der Club arbeitet ehrenamtlich, mehr Infos finden sich unter www.osi-club.de.

Aufgabe

- Vorbereitung und Organisation der Ringvorlesung „**Nazis, Neonazis und die Medien**" aus dem Förderbereich *Politik & Kommunikation* im Sommersemester 2013, d.h. Gestaltung des begleitenden Internet-Angebots auf www.osi-club.de, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung der Referent/inn/en, Tonaufzeichnung etc.
- Voraussichtllich: Mitarbeit bei Redaktion und Produktion einer Dokumentation zur Ringvorlesung, d. h. Transkription von Vorträgen, Bearbeitung von Manuskripten, Kontakte mit Referent/inn/en und ggfs. Verlag halten, Abstimmung von Texten mit den Autor/inn/en, Auswahl von Fotos, Erstellen der Druckvorlage oder online-Stellen
- Daneben: Unterstützung des Vorstands und der Geschäftsführung bei regulären Aktivitäten des OSI-Clubs (Office-Aufgaben, Mitgliederrecherchen, Veranstaltungen...)

Das Praktikum endet in der Regel mit der Abgabe der Druckvorlage für das Buch.

Voraussetzungen

- Gutes Verständnis des Themenfeldes Nationalsozialismus, Rechtsradikalismus und Medien
- Sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache in Rechtschreibung und Grammatik
- Gute PC-Kenntnisse (Texterfassung und Textverarbeitung, Umgang mit Dokumentvorlagen, Layout)
- Flexibilität, Stressresistenz, Organisationsgeschick, angenehme Umgangsformen, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten
- Studium der Politologie und/oder Publizistik und/oder ähnlicher Fächer

Aufwand und Aufwandsentschädigung

Der Arbeitsaufwand beträgt ca. 15 bis 20 Stunden pro Woche. Einamlige Aufwandsentschädigung von 500 Euro für etwa sechs Monate. Es ist eine Buchveröffentlichung geplant (Edition OSI-Club, Verlag Peter Lang), bei der in der Rubrik „redaktionelle Mitarbeit" gegebenenfalls Dein/Ihr Name aufgeführt ist.
Arbeitsplatz ist das OSI-Club-Büro in der Ihnestr. 22 in Dahlem.

Kontakt und Bewerbungen

Fragen zum Praktikum und Bewerbungen bitte ab sofort bis spätestens **21. Februar 2013** ausschließlich per E-Mail mit Foto und Lebenslauf an Christian Walther vom OSI-Club-Vorstand (walther@osi-club.de).

***) Interessent/inn/en, die kein Praktikum benötigen, sich aber dennoch für die Aufgabe interessieren, können sich natürlich auch gern melden.**